217. Mittwoch den 17. September 1862. 217.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen $1\frac{1}{2}$ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. $24\frac{1}{2}$ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate ($1\frac{1}{4}$ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 17. September. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Prediger Breithaupt zu Lindow zum Superintendenten der Diöces Gransee-Lindow zu ernennen; so wie dem Kaufmann und Hüttenbesitzer Louis Sachs zu Guttentag den Charakter eines Königlichen Hof-Kommissions-Rathes; und dem Photographen Herrmann Günther hierselbst das Prädikat eines Königlichen Hof-Photographen zu verleihen.

Ihre Majestät die Königin haben Allergnädigst geruht, dem Coiffeur Leroy zu Paris das Prädikat Allerhöchstihres Hof-Coiffeurs zu verleihen.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 3. Klasse 126. Königlichen Klassen-Lotterie fiel ein Gewinn von 5000 Thlrn. auf Nr. 89,303; 2 Gewinne zu 2000 Thlrn. fielen auf Nr. 86,966 und 94,367; 1 Gewinn von 1000 Thlrn. fiel auf Nr. 59,629; 3 Gewinne zu 600 Thlrn. fielen auf Nr. 6409, 15,543 und 23,294; 6 Gewinne zu 300 Thlrn. auf Nr. 13,466, 24,519, 45,971, 74,321, 74,696 und 86,200, und 10 Gewinne zu 100 Thlrn. auf Nr. 5300, 14,223, 17,112, 22,534, 24,810, 49,980, 62,430, 64,690, 67,027 und 70,423.

Berlin, den 16. September 1862.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Dienstag 16. September. Das Abendblatt des „Wandrer" meldet in einem Telegramm aus Belgrad vom heutigen Tage, daß gestern die Türken die serbischen Wachen in Uschiza angegriffen und niedergemetzelt haben. Hierauf folgte ein Kampf, der, Abends unterbrochen, heute aber wieder aufgenommen worden ist. Die Türken verloren bei demselben ihre Positionen außerhalb der Festung.

London, Dienstag 16. September. Abends. Nach Berichten pr. Dampfer „Hybernian" aus Newyork vom 6. d. ging daselbst das Gerücht, daß die Konföderirten nach Harpers Ferry marschiren. Ebenso verlautete gerüchtsweise von einer bei Poolesville in Maryland gelieferten Schlacht, doch wußte man nichts Bestimmtes. Die Unionisten haben Acquia Creek geräumt. In Washington bewaffnen sich die Beamten. Es ist amtlich bekannt gemacht worden, daß von den Coupons der Bundespapiere, die im Auslande zahlbar sind, keine Taxe abgezogen [illegible] in Amerika zahlbaren Coupons.

Das Schisma

in der hiesigen Schützengilde fängt an unsere Stadt zu beschäftigen. Die Differenzen haben die Grenze des Vereins überschritten und Dimensionen angenommen, die kaum eine Heilung erwarten lassen. Zweifellos sind sie ein Symptom der gegenwärtigen allgemeinen Stimmung und ihre Quelle liegt nicht in den letzten Wochen, sondern weiter hinaus. Zum Vorschein kamen sie zunächst am Pfingstfeste bei der Weigerung der polnischen Gildenmitglieder, abwechselnd dem Gottesdienst in einer deutschen Gemeinde beizuwohnen. Die deutschen Mitglieder hatten ein Recht, auf den Turnus zu bestehen, obgleich sie eine Reihe von Jahren auf Geltendmachung desselben verzichtet hatten, während die Polen bekanntlich sich weigerten, dieses Recht anzuerkennen oder doch ihrer Anerkennung Ausdruck zu geben, weshalb getrennter Gottesdienst stattfand. Von da an begannen die offnen Reibungen, da eine Partei sich unter den Einfluß der anderen nicht stellen wollte, jede vielmehr ihr Gewicht durch Heranziehung neuer Mitglieder zu verstärken suchte. Die bei der Aufnahme durch den in seiner Mehrheit polnischen Vorstand begangenen Unregelmäßigkeiten haben die Dazwischenkunft des Magistrats erfordert, dessen Beziehung zu der Streitsache wir durch Mittheilung der Akten klar darzulegen beabsichtigen. Einige deutsche Mitglieder des Verwaltungsraths der Gilde hatten, wie in dieser Zeitung früher mitgetheilt worden, bei dem Vorstande Verwahrung gegen jene Unregelmäßigkeiten eingelegt und beim Magistrate nachdrückliche Unterstützung gefunden, welche sich in der folgenden Verfügung desselben an diesen Vorstand kundgiebt:

Die Herren B. und Genossen haben uns Abschrift des an den Vorstand der Schützengilde unterm 24. v. M. gerichteten Gesuchs überreicht und gebeten, als Aufsichtsbehörde dahin Verfügung zu treffen, daß diesem Gesuche entsprochen werde. Nach einer Mittheilung des Hrn. Stadtraths Au ist der Verwaltungsrath über dieses Gesuch zur Tagesordnung übergegangen, d. h. er hat dasselbe zur weiteren Prüfung und Bescheidung der Antragsteller nicht für geeignet erachtet. In dieser Beziehung müssen wir zunächst dem Verwaltungsrathe bemerklich machen, daß ein solches Verfahren sich mit der Bestimmung §. 48 der Statuten nicht vereinigen läßt, wonach beim Verwaltungsrath Beschwerden, Gesuche, Anzeigen u. s. w. schriftlich angebracht werden können, keine Vorstellung dieser Art aber unerörtert und unbeantwortet bleiben soll.

Was die oben erwähnte Beschwerde selbst anbetrifft, so wird dagegen reklamirt,

daß der Verwaltungsrath bei der Aufnahme von Mitgliedern resp. bei der Zurückweisung von Aufnahmegesuchen ganz nach Willkür verfahren habe.

Das eingesehene Protokollbuch des Verwaltungsraths ergiebt die Richtigkeit dieser Beschwerdepunkte, denn der Verwaltungsrath hat in Betreff der in die Gilde aufzunehmenden Personen lediglich darüber abgestimmt, ob die Aufnahme beschlossen werde oder nicht. Die Folge davon ist gewesen, daß Personen, welche die nach Artikel 15 der Statuten nothwendigen Eigenschaften nicht besitzen, dennoch als Mitglieder der Gilde aufgenommen worden sind, daß dagegen Personen, bei welchen der Besitz dieser Eigenschaften unbestreitbar vorhanden ist, dennoch zurückgewiesen worden sind. Ein solches Verfahren kann nicht gebilligt werden.

Nach Vorschrift des Artikels 15 der Statuten kann die Rechte eines Schützen-Mitgliedes jeder hierorts etablirte, ein selbstständiges Gewerbe treibende christliche Bürger, der noch nicht das 50. Lebensjahr erreicht hat, erwerben, insofern er durch einen Taufschein sein Lebensalter, durch einen Bürgerbrief seinen Stand, und durch ein obrigkeitliches Zeugniß seinen moralischen regelmäßigen Lebenswandel nachweiset, sowie überdies kein auffallendes Aeußere oder eine ekelhafte Krankheit hat.

Dieser Bestimmung entsprechend darf Niemandem, der diesen Bedingungen entspricht, die Aufnahme in die Gilde versagt werden, vielmehr muß die Aufnahme nach Artikel 14 vom Verwaltungsrathe ausgesprochen werden und nach Einzahlung der Eintrittsgebühren die Inkorporirung in die Gilde erfolgen. Andererseits darf dagegen auch Niemand in die Gilde aufgenommen werden, bei welchem jene Bedingungen nicht zutreffen, weil dem Verwaltungsrathe statutenmäßig nicht die Befugniß eingeräumt ist, von Erfüllung dieser Bedingungen der Aufnahme zu dispensiren.

Hierbei müssen wir noch bemerklich machen, daß es durchaus unstatthaft erscheint, in Fällen, wo es sich um Anerkennung faktischer Verhältnisse handelt, die geheime Abstimmung eintreten zu lassen, weil bei diesem Verfahren es nicht möglich ist, die Gründe festzustellen, aus welchen die Anerkennung erfolgt oder versagt wird, auf die Mittheilung dieser Gründe aber nach Artikel 48 der Statuten ein begründetes Recht besteht.

In Erwägung aller dieser Umstände fordern wir den Verwaltungsrath der Schützengilde auf, das Vorstellen der Herren B........ und Genossen vom 24. v. M. ungesäumt in Erwägung zu ziehen, die Gesuche um Aufnahme in die Gilde, welche zu jenem Vorstellen die Veranlassung gegeben haben, nach Maaßgabe der vorstehend angegebenen Vorschriften nochmals zu prüfen, denjenigen Personen, welche die statutenmäßigen Bedingungen erfüllen, die Aufnahme nicht zu versagen, dagegen Niemanden aufzunehmen, der diesen Bedingungen nicht entspricht. Sollten Personen dieser letzteren Kategorie schon von der Aufnahme benachrichtigt worden sein, so ist ihnen zu eröffnen, daß die Aufnahme als statutenwidrig nicht aufrecht erhalten werden könne.

Ueber die Erledigung dieser Verfügung sehen wir einer Anzeige binnen 14 Tagen entgegen.

Am 11. d. M. fand nun eine außerordentliche Sitzung des Verwaltungsraths der Gilde statt, für welche nach dem Einladungs-Cirkular die Mittheilung dieser Verfügung resp. Erledigung derselben auf der Tagesordnung stand. Der Deputirte des Magistrats, um dessen Beiordnung der Vorstand gebeten hatte, war nicht erschienen, dagegen war dieser selbst, so wie der Verwaltungsrath vollständig.

Nachdem der Vorsitzende die Sitzung eröffnet und der Tagesordnung gemäß die Verfügung des Magistrats durch den mit Führung des Protokolls beauftragten, der deutschen und polnischen Sprache mächtigen N. N. hatte vortragen lassen, erklärten mehrere Mitglieder des Verwaltungsraths, unter ihnen leider auch ein Deutscher, in die Berathung nicht eintreten zu können, weil die Verfügung nicht in polnischer Sprache abgefaßt sei. Der Schützen-Aelteste, ein Pole, trat dieser Ansicht bei, und nach längerer fruchtloser Debatte wurde der Beschluß gefaßt, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Verwaltungsrathe polnisch zu korrespondiren. Die anwesenden deutschen Mitglieder entfernten [illegible] insofern auch gegen die Statuten verstieß, als diese in Art. 2, Tit. I. ausdrücklich vorschreiben, daß ein vereideter Sekretär, welcher der deutschen und polnischen Sprache mächtig sei, als Dolmetscher zu fungiren habe, und protestirten faktisch gegen denselben, indem sie ein Gesuch an den Magistrat dahin richteten:

1) Das Verlangen der polnischen Mitglieder des Verwaltungsraths als nicht begründet zurückzuweisen.
2) Dem Vorstande aufzugeben, eine neue Sitzung des Verwaltungsraths anzuberaumen, um über die unerledigt gebliebenen Vorlagen zu beschließen.
3) In Betracht der Wichtigkeit des Gegenstandes, und da die Sitzung als eine außerordentliche anzusehen, zu derselben (nach Tit. 6, Art. 41) einen oder zwei Magistratsmitglieder zu deputiren, damit nicht wieder eine Verfügung des Magistrats ignorirt werde.

Inzwischen erlaubte sich der Schützenälteste (Szymański), durch ein Cirkular vom 15. d. die Mitglieder der Schützengilde zu einer (in der gestrigen Nummer dieser Zeitung besprochenen) Generalversammlung einzuladen. Dies geschah ohne Wissen und Willen des deutschen Schützenältesten, weshalb derselbe nebst anderen deutschen Mitgliedern der Gilde von Neuem beim Magistrate Protest einlegte und bat, der Magistrat möge als Aufsichtsbehörde die Generalversammlung nicht gestatten und das eigenmächtige Verfahren des polnischen Schützenältesten mißbilligen, weil, außer anderen Gründen, zu der Generalversammlung alle diejenigen Personen mit eingeladen worden seien, gegen deren rechtsgültige Aufnahme Protest vorliege. Die Generalversammlung könne unter Theilnahme dieser Mitglieder keine verbindlichen Beschlüsse fassen, und es werde im Voraus Verwahrung gegen dieselben eingelegt, auch könne dieselbe unter den obwaltenden Umständen nur zur Vermehrung des Zwiespalts beitragen, während dessen Ausgleichung zu erstreben sei.

Der Magistrat hatte diesen Protest nicht beachtet, sondern, wahrscheinlich im Glauben an die Möglichkeit einer Ausgleichung der Differenzen, zwei seiner Mitglieder zu der Generalversammlung deputirt, deren ganz illegales Vorgehen wir gestern geschildert haben. Sollten die vorgestern, vielleicht in der Uebereilung, gethanen Schritte nicht zurückgenommen werden, so steht zu erwarten, daß durch die Aufsichtsbehörden Maaßregeln ergriffen werden, welche die Existenz der Gilde bedrohen.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 16. September. Aus der Note des Grafen v. Bernstorff vom 22. August auf die dänische Depesche vom 12. März heben wir folgende Hauptstellen hervor:

„Wir vermögen, heißt es in der Mittheilung vom 12. März d. J. zu unserem lebhaften Bedauern keinen Schritt vorwärts auf dem Wege der Verständigung zu erblicken, und dürfen uns deshalb um so mehr eines näheren Eingehens auf ihren Inhalt enthalten, als wir es nicht für angemessen erachten können, oft widerlegte Behauptungen zu beleuchten und Vorwürfe noch besonders zurückzuweisen, deren Grundlosigkeit wir als anerkannt ansehen. — Letzteres gilt insbesondere von der auch diesmal wiederholten, aber hoffentlich nun nicht mehr wiederkehrenden Behauptung, daß der deutsche Bund seine bundesrechtliche Kompetenz über ein nicht zu ihm gehöriges Land ausdehnen wolle. Unter diesem Vorwand jede Verhandlung mit dem Bunde über das Herzogthum Schleswig, auch die auf vereinbarter Grundlage beruhende und einen völkerrechtlichen Charakter tragende, abzulehnen, wird der königlich dänischen Regierung nicht gelingen. Wir wollen indessen die Hoffnung auf einen gedeihlichen Erfolg der gegenwärtigen Verhandlungen auch jetzt noch nicht völlig aufgeben. Da die königl. dänische Regierung bis jetzt auf den sachlichen Inhalt des Uebereinkommens von 1852 nicht eingegangen ist und uns ihre Auffassung von den zu definitiver Ausführung desselben nöthigen Schritten nicht kundgegeben hat, so wollen wir versuchen, uns dem Ziele dadurch zu nähern, daß wir unsererseits jenen Inhalt näher beleuchten und die nach unserer Auffassung daraus hervorgehenden Anforderungen, welche sehr einfacher und klarer Natur sind, darlegen. Wir werden hierbei nur in den einfachsten Zügen das Verabredete selbst und die daraus hervorgehenden wesentlichen Grundsätze und Bedingungen für die Ausführung hinstellen. Nähere Vorschläge über diese Ausführung selbst zu machen, können wir nicht für unsere Aufgaben erkennen. Wir halten aber an unserem unzweifelhaften Rechte fest, zu prüfen, ob die von der königl. dänischen Regierung gegebene oder gewollte Ausführung den vereinbarten Grundsätzen entspricht. Die Vereinbarung des Jahres 1852 sagt eine selbstständige Stellung der verschiedenen Theile der Monarchie für ihre besonderen Angelegenheiten zu, und verheißt gleichermaßen für die gemeinsamen Angelegenheiten eine organische und gleichartige Verbindung derselben zu einem Ganzen, in welchem kein Theil dem anderen untergeordnet oder inkorporirt sein darf. Hieraus folgt in unwidersprechlicher Weise, daß das Herzogthum Schleswig in keine nähere Verbindung mit dem Königreiche Dänemark gebracht werden darf, als mit dem Herzogthum Holstein, und daß keine Einrichtung getroffen werden darf, durch welche die Regierung oder die Vertretung des Königreichs auf die inneren und besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Schleswig irgend einen Einfluß gewinnen könnte. Es folgt ferner daraus, daß dem Herzogthum Holstein sein vollberechtigter Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten nicht entzogen und seine Theilnahme an denselben nicht auf einzelne Theile der Gesetzgebung oder die Votirung einzelner Beitragsquoten beschränkt werden darf, sondern daß seine Berechtigung in Bezug auf die Feststellung des gemeinsamen Budgets sowohl, als in Betreff aller gemeinschaftlichen Gesetze und Maaßregeln dieselbe sein muß, wie die der anderen Landestheile. Dasselbe gilt natürlich vom Herzogthum Schleswig, und diese Forderung auch für dieses Herzogthum geltend zu machen, sind wir, abgesehen von der Rückwirkung, welche seine Stellung auf die Stellung Holsteins mit Nothwendigkeit ausüben muß, [illegible] Folgerung aus den obigen Grundsätzen, daß bei denjenigen Einrichtungen, welche die organische Gemeinschaft vermitteln und wahren sollen, jedes Prinzip ausgeschlossen werden muß, welches, wie das der bloßen Volkszahl, die Selbstständigkeit der einzelnen Länder als solcher aufhebt, und die Entscheidung in eine numerische Majorität verlegt, wie sie nur in einem Einheitsstaate berechtigte Bedeutung haben könnte. Welcher Art auch die Gesammtverfassung sei, sie wird immer ein Korrektiv enthalten müssen, durch welches die einzelnen Länder gegen eine solche Benachtheiligung durch eine ihnen fremde Majorität geschützt werden. Dieselben Grundsätze sind auf die centrale Leitung der Verwaltung anzuwenden.

Und dann heißt es weiter: „Es heißt in der That, sich auf das geringste Maaß des rechtlich Begründeten beschränken, wenn wir aus der Uebereinkunft von 1852 die folgenden praktischen Folgerungen ziehen: 1) Daß die auf ungesetzliche Weise, nämlich ohne Anhörung der holsteinischen und schleswigschen Stände und ohne Mitwirkung der lauenburgischen Ritter- und Landschaft ins Leben gerufene gemeinschaftliche Verfassung vom 2. Oktober 1855 ganz, also auch für Schleswig, aufgehoben werde; 2) daß zur Herstellung einer wirklich gemeinschaftlichen Verfassung den gesetzlichen Spezialvertretungen sämmtlicher Theile der Monarchie zur Berathung, respektive Zustimmung, ein neuer Verfassungs-Entwurf vorgelegt werde, worin das unbedingte Prinzip der Repräsentation nach Volkszahl aufgegeben sein muß; 3) daß, so lange nicht in dieser Weise ein repräsentatives Organ für die Gesammtmonarchie gebildet ist, den gesetzmäßigen Spezial-Vertretungen ein gleichmäßiger Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten eingeräumt, und der centralen Leitung eine gleichmäßige Verantwortung für die Verwaltung dieser Angelegenheiten, gegenüber den Spezial-Vertretungen, auferlegt werde; 4) daß zur Wahrung der Gleichberechtigung der Nationalitäten im Herzogthum Schleswig zunächst die Wiederherstellung des status quo ante 1848 hinsichtlich der Sprachverhältnisse, und sodann eine Regelung derselben durch Gesetz, unter Mitwirkung und Zustimmung der schleswigschen Ständeversammlung, eintrete. Wir erwarten auf diese einfache und bestimmte Darlegung endlich eine eben so einfache und bestimmte Erklärung. . . ."

— Die betreffenden Gemeinde- und Kreisbehörden sind jetzt angewiesen worden, mit dem Veranlagungsgeschäft zur Klassensteuer für 1863 vorzugehen. Dabei sollen die Kultur- und gewerblichen Verhältnisse der Gemeinden in gedrängter Vollständigkeit angegeben werden. Die Gesammtverhältnisse eines jeden Steuerpflichtigen sollen kurz, aber so erschöpfend angegeben werden, daß daraus der maaßgebende Steuersatz vollständig bemessen werden kann. Bei Kapitalisten ist die Höhe des Kapitals und des Zinsfußes, zu welchem dasselbe ausgeliehen, bei Beamten und Pensionären der Betrag der Gehälter und Pensionen u. s. w., bei Gewerbetreibenden der muthmaßliche Ertrag des Gewerbes, die Zahl der Gehülfen und Lehrlinge und die etwaige Gewerbesteuer nach ihrem Betrage und der Klasse, in welcher sie entrichtet wird, einzutragen. Was die Einschätzung der Steuer selbst betrifft, so sind die Behörden und Einschätzungskommissionen nur in den Fällen befugt, einen niedrigeren als den im laufenden Jahre entrichteten Steuersatz zu veranlagen, wenn sich die Verhältnisse eines Steuerpflichtigen ganz offenbar und so wesentlich verschlechtert haben, daß er zur ferneren Entrichtung des bisherigen Steuersatzes schlechterdings nicht mehr im Stande ist. Die bloße Annahme, daß der Steuerpflichtige bei gleich gebliebenen Verhältnissen mit der bisher entrichteten Steuer überbürdet sei, genügt dagegen zu einer

niedrigeren Veranlagung nicht, vielmehr muß im letztern Falle jedem Steuerpflichtigen anheimgestellt bleiben, seine Ermäßigung im Wege der Reklamation selbst zu beantragen. Daß die entsprechenden Erhöhungen der Steuerpflichtigen überall da vorgenommen werden müssen, wo es die Verhältnisse erheischen, versteht sich von selbst.

— An die königliche Gesandtschaft zu Petersburg gelangen neuerdings zahlreiche Anträge, welche eine Unterstützung der in Preußen zurückgelassenen Familien durch ihre Ernährer bezüglich die Zurückweisung der Letzteren nach der Heimath bezwecken. Die meisten dieser Arbeiter sind an den von den Antragstellern bezeichneten Aufenthaltsorten nicht zu ermitteln und haben daher ihren im Inlande verbliebenen Angehörigen anscheinend falsche Adressen abgegeben, um sich der Erfüllung der ihnen obliegenden Alimentationsverbindlichkeiten zu entziehen. Um der aus diesem pflichtwidrigen Verfahren sich ergebenden Belastung der heimathlichen Armenverbände nach Möglichkeit vorzubeugen, hat der Minister des Innern mittelst Cirkularerlasses vom 29. v. M. angeordnet, daß den betreffenden Individuen, welche sich nach Rußland begeben wollen, bei Auszeichnung des Passes bez. Heimathscheines, eröffnet werde, ihre Zurückweisung nach Preußen werde bei den kaiserlichen russischen Behörden sofort in Antrag gebracht werden, sobald sie sich der ihnen gesetzlich obliegenden Pflicht entziehen und ihre in der Heimath verbliebenen Angehörigen ohne die zum Lebensunterhalte erforderlichen Unterstützungen lassen sollten. In denjenigen Fällen, wo die Gefahr vorhanden ist, daß die zurückbleibende Familie nach der Entfernung ihres Hauptes und durch dieselbe der öffentlichen Armenpflege anheimfallen wird, soll den betreffenden Angehörigen und Armenverbänden in passender Weise von den Heimathsschein- oder Paßgesuchen Kenntniß gegeben werden, um denselben Gelegenheit zu gewähren, ihre Rechte eventuell durch Anbringen eines Arrestes wahrzunehmen.

— [Dem General Stavenhagen] ist von dem gothaischen Flottenkomité ein neuer Beitrag von 900 Thlrn. zugegangen mit folgender Zuschrift:

Hochverehrter Herr General! Die preußische Regierung tritt mit einem bedeutenden Projekt für Erweiterung ihrer Kriegsmarine vor die Vertreter des Volkes. Wie wir in diesem Vorgehen der Regierung die Verwirklichung einer großen nationalen Forderung, eine Würdigung volksthümlicher Interessen, welche wir grade vom jetzigen preußischen Ministerium nicht erwarteten, und zugleich, wenigstens zum Theil, eine Frucht der Bestrebungen erblicken, für welche auch wir nach Kräften zu wirken versuchten, so begleiten wir dieses Projekt mit unseren Wünschen und Hoffnungen. Ja wir hoffen trotz der gegenwärtigen Verstimmung, daß alle Parteien diese Angelegenheit als eine Frage der Ehre des preußischen und deutschen Namens auffassen und, von jeder Parteitaktik getrennt, als eine nationale behandeln werden; denn die preußisch-deutsche Flotte wird, so vertrauen wir, alle jetzt bestehenden Parteien ruhmvoll überleben. Wir hoffen, daß endlich ohne Zaudern, ohne kleinliches Mäkeln, ohne anderen Mächten den Vorsprung der Zeit zu gewähren, das Werk begonnen wird, welches auf der ganzen Erde dem deutschen Namen Achtung, dem deutschen Willen Geltung, den wichtigsten Interessen der Nation Schutz und Förderung sichern soll. Und wenn in diesem Werke das preußische Volk seine oft bewiesene Aufopferung für deutsche Interessen aufs Neue bethätigt, so wird auch das außerpreußische Deutschland solche Aufopferung vergelten. Hochverehrter Herr General! Wir richten diese Zuschrift an Sie, weil Sie längere Zeit in unserer Mitte geweilt und in der Marinekommission die Ansichten vertreten haben, deren Sieg im Hause der Abgeordneten wir außerhalb Preußens mit lebhafter Freude begrüßen werden. Wie Ihnen bekannt, haben wir im vorigen Jahre Sammlungen für „die [illegible] unter Preußens Führung" unternommen. Der Erfolg [illegible] berücksichtigt, daß nach der schmählichen Erfahrung einer [illegible] an eine auswärtige Regierung gesteuert wurde, und daß der Eifer nur gleichen Schritt mit der Popularität dieser Regierung halten konnte. Heute ersuchen wir Sie, die beiliegende Rate 900 Thlr. unserer Sammlungen dem preußischen Marineministerium zu übergeben. Genehmigen Sie hochverehrter Herr General, die Versicherung unserer ausgezeichnetsten Hochachtung. Gotha, 5. Sept. 1862. Das Flottenkomité. A. Ewald. E. F. Thienemann.

— Die Einladung zur Frankfurter Pfingstversammlung ist unterzeichnet von: Adickes (Hannover). Aßmann (Preußen). Dr. Marq. Barth (Bayern). Behrend (Preußen). v. Bennigsen (Hannover). Dr. Berger (Oestreich). Bluntschli (Baden). v. Bockum-Dolffs (Preußen). Brater (Bayern). v. Carlowitz (Preußen). Cetto (Preußen). Crämer (Bayern). v. Forckenbeck (Preußen). Dr. Fries (Weimar). Gneist (Preußen). Häusser (Baden). v. Hennig-Plonchott (Preußen). Heyner (Sachsen). Hölder (Württemberg). v. Hoverbeck (Preußen). Dr. Joseph (Sachsen). Dr. Lang (Nassau). Lette (Preußen). Dr. Metz (Hessen-Darmstadt). H. H. Meyer (Bremen). Dr. Müller (Frankfurt). Nebelthau (Kurhessen). Oberländer (Koburg). Dr. Oetker (Kurhessen). Dr. Pfeiffer (Bremen). Dr. Probst (Württemberg). Dr. Rechbaur (Oestreich). Reyscher (Württemberg). Riedel (Sachsen). Röpell (Preußen). v. Rönne (Preußen). Dr. Streit (Koburg). v. Saucken-Julienfelde (Preußen). Dr. Schott (Württemberg). Schubert (Preußen). Schulze-Delitzsch (Preußen). Dr. Souchay (Frankfurt). v. Sybel (Preußen). Twesten (Preußen). v. Unruh (Preußen). Dr. Veit (Preußen). Virchow (Preußen). Dr. Völk (Bayern). Moritz Wiggers (Mecklenburg).

— [Kleine Notizen.] Das Gerücht, daß der Handelsminister v. Holzbrinck seine Entlassung aus Gesundheitsrücksichten eingereicht habe, gewinnt an Bestand. — Die sechs Marmorstatuen, welche bisher auf dem Wilhelmsplatze gestanden und nun, nachdem sie dort durch bronzene ersetzt worden, im Kadettenhause aufgestellt worden sind, werden seiner Zeit in der zu gründenden Nationalgallerie ihren Platz finden. — In der Krupp'schen Fabrik soll eine neue Erfindung mit Gußstahlplatten gemacht worden sein, welche, obgleich nur $2\frac{1}{2}$ Zoll stark, die achtzölligen gußeisernen Platten zu Panzerschiffsbekleidungen an Widerstandsfähigkeit übertreffen sollen.

— [Ueber den katholischen Verein] wird der „Süddeutschen Ztg." geschrieben: „Die gebildeten katholischen Bewohner Aachens betheiligen sich keineswegs sammt und sonders an der Versammlung, im Gegentheil haben Einige eigens die Stadt verlassen, um diesem Besuch aus dem Wege zu gehen. Der Gegensatz zwischen der gemäßigt und extrem klerikalen Richtung, den in Köln der der ersteren angehörende Erzbischof v. Geissel und der fanatisch ultramontane Weihbischof Dr. Baudri repräsentiren, tritt auch in der Versammlung deutlich hervor. Herr v. Geissel nimmt an derselben nicht Theil.

Danzig, 15. September. [Herr v. Winter] hat sich nunmehr in einer gestern hier eingegangenen Antwort bereit erklärt, eine auf ihn fallende Wahl zum Oberbürgermeister von Danzig anzunehmen. In Folge dessen werden, wie wir hören, einige von den anderen Kandidaturen zu Gunsten des Herrn v. Winter zurückgezogen werden. (D. Zeitung.)

Oestreich. Wien, 13. September. [Stimmung gegen das Zolleinigungsprojekt; Diebstähle.] Der „B. Allg. Z." wird von hier geschrieben: Was zu erwarten war, ist bereits eingetroffen. Unsere Industriellen erklären durch ihre natürlichen Organe, die Handelskammern, daß sie mit dem Zolleinigungsanerbieten nicht einverstanden sind und daß die östreichische Industrie zu Grunde gehen müsse, wenn das Projekt des „Centralvereins der östreichischen Industriellen" zur Durchführung gelangt. Ich habe dies übrigens schon vor längerer Zeit vorhergesagt, denn wer die hiesigen Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, mußte von allem Anfange an darüber im Klaren sein, daß der Centralverein der östreichischen Industriellen alles eher als die Interessen der vaterländischen Industrie zu vertreten geeignet war. — Unsere Kaufleute klagen in letzter Zeit häufiger denn je über Waarenverluste bei den aus Rußland einlangenden Transporten, besonders bei [illegible] Trotz aller Vorsicht kommt kaum eine Waarensendung nach Brody, an der nicht ein Gewichtsmanko entdeckt wird. Der Diebstahl hat sich unterwegs ordentlich organisirt und wird systematisch mit einer Virtuosität betrieben, die bewundert werden muß. Man findet sehr häufig bei guter äußerer Sicht darin in dem tiefsten Innern der Ballen künstlich versteckte Steine, Abfälle von ordinären Wollen und dergleichen mehr. Feinere Waarengattungen, wie z. B. spanische Wollen, Kathariden, werden dieser häufigen Schäden wegen durch Vermittelung einer Versicherungsgesellschaft, die gleichzeitig die Spedition besorgt, befördert; diese Art der Beförderung stellt sich aber viel höher, und konvenirt bei ordinären Waaren, wie Hanf, Anis, Thran, schon gar nicht. Die russischen Kommissare nehmen nie von hierseitigen Reklamen Notiz. Die Gerichte anrufen wäre aber vergebliche Mühe und eine unnütze Geldausgabe, da ein Erfolg, wenn möglich, erst nach Jahren und vielen Kosten, die den einzubringenden Schaden übersteigen würden, erzielt werden könnte.

Hannover, 15. Septbr. [Handelsvertrag; General Hedemann.] Auch der Eimbecker Gewerbeverein hat sich den bisherigen Schritten zu Gunsten des preußisch-französischen Handelsvertrages angeschlossen und in einer Petition die Regierung ersucht, unter allen Umständen einen Abfall von dem Zollverbande mit Preußen zu vermeiden, event. sich dem Handelsvertrage anzuschließen. — General Hedemann ist bei Blankenese in der Nähe von Hamburg festgenommen und bereits gestern Nachmittag hier eingetroffen.

Frankfurt a. M., 16. Septbr. [Homburger Spielbank.] Die gestern zu Homburg stattgefundene Generalversammlung der Aktionäre der dortigen Spielbank hat den Antrag der Regierung auf Beschränkung des öffentlichen Spiels und auf allmälige Amortisation der Gesellschaftsaktien abgelehnt. (Tel.)

Hessen. Kassel, 14. Sept. [Die Wahlen], die mit dem 11. September beendigt sind, haben im Allgemeinen ein gemäßigt liberales Resultat ergeben. Nur Wenige der weiter nach links Vorgeschrittenen finden einen Platz in der Kammer. Mit welchen Vorlagen die Regierung zunächst dem Landtag gegenüber treten werde, darüber läßt sich mit Bestimmtheit noch nichts sagen. Gleichzeitig mit der Einberufung der Kammer soll die Landtagskommission bekannt gemacht werden. Man vermuthet, daß der General-Staatsprokurator Schüler zum Landtagskommissair ernannt werde. (Fr. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 14. Septbr. [Tagesnotizen.] Lord Palmerston hat auf Ansuchen des hiesigen Garibaldi-Ausschusses den britischen Gesandten in Turin auf telegraphischem Wege ersucht, dem von hier zu Garibaldi abgeschickten Arzte, Mr. Partridge, die Erlaubniß, zum Kranken zugelassen zu werden, zu erwirken. — In der „Times" liegt ein ausführlicher Bericht über den Nothzustand der Arbeiter von Stockport (bei Manchester) vor. Er gleicht in seinen Hauptzügen den aus andern Orten mitgetheilten. Noth überall, hungrige Gesichter, leere Straßen, unbezahlte Miethe, geschlossene Läden, viel Bettelei, ungenügende Unterstützung, dabei vortreffliche Haltung der Arbeiter und, was sich nicht von allen Orten sagen läßt, große Mildthätigkeit der Fabrikeigenthümer. Auch in Stockport hat, seit die Fabriken ganz und theilweise feiern, die Zahl der Verbrechen und Polizeiübertretungen abgenommen, und was sehr tröstlich ist, die Zahl der Kranken- und Todesfälle hat sich nicht vermehrt. — Aus Neu-Süd-Wales sind 5500 Pfd. St. und aus Viktoria (Australien) 4400 Pfd. St. als Beiträge für die nothleidenden Arbeiter in Lancashire hier angekommen. — Ueber den Schlußtermin der Ausstellung soll morgen ein endgültiger Beschluß gefaßt werden. Man glaubt allgemein, daß derselbe spätestens auf den 30. Oktober anberaumt werden wird. — In der Auffassung der schleswig-holsteinschen Angelegenheit herrscht in den englischen Zeitungen das alte Vorurtheil. Der „Globe" behandelt die von Oestreich und Preußen in Sachen Schleswig-Holsteins erhobenen Forderungen als einen Angriff auf die Unabhängigkeit und Integrität Dänemarks.

London, 16. Sept. Nach dem „Advertiser" hat das Garibaldische Komité für nächsten Donnerstag in [illegible] ein Meeting arrangirt, um der Sympathie für Garibaldi Ausdruck zu geben. (Tel.)

Frankreich.

Paris, 14. August. [Preßstimmen über Preußen.] Das „Siècle" bemerkt zu den Debatten in der preußischen Abgeordnetenkammer: „Der Streit zwischen der Krone und der Abgeordnetenkammer wird giftig. Wir halten es für unklug von Seiten der Regierung, einen neuen Kampf mit der Landesvertretung zu beginnen. Der Wille des preußischen Volkes hat sich laut genug kundgegeben." Die „Opinion

Berliner Plaudereien.

[Die Linden; der alte Fritz und der alte Blücher; Schloßbrücken-Gruppen; ein Theater-Skandal.]

Der schönste Schmuck Berlins sind die „Linden", der schönste Schmuck von Linden, allen Poeten und Naturforschern zufolge, die Blätter. Es ist noch gar nicht eine so große Reihe von Jahren her, da waren die Blätter unserer Linden von einem lieblichen, saftigen Grün, nota bene wenn der Regen den berühmten Berliner Staub abgewaschen hatte, ein kräftiger Farbenton lag über die ganze großartige Allee vom Pariser- bis zum Opernplatz ausgegossen. Aber die Neuzeit kam und neue Ideen mit ihr; der Dampf trat an Stelle der Menschen- und Pferdekraft, die neuen Ideen brachen sich siegreich Bahn, der Philister schüttelte sich in zaghafter Angst und knöpfte seinen blauen Schwalbenschwanzfrack bis zur hohen weißen Halsbinde zu, denn ihm wurde bange und kalt bei den Ideen der Ideellen und Idealen. Die konservative Flamme der Oellampen an den verschwundenen ante-diluvianischen Laternen that ächzend ihren letzten Athemzug und verschwand auf Nimmerwiedersehen: das Gas, auch eine neue Idee, hatte sie verjagt.

Aber die Romantik und Poesie der Vergangenheit fehlt der Gegenwart, und gerade die letztere Errungenschaft der neuen Zeit, das Gas, ist der erbittertste Feind von zarten Reisern und Vogelgesang. Die verschiedenen Gasröhren, die sich längs unsrer schönen Lindenallee hinziehen, sind die Würmer und Schlangen, welche an den Wurzeln der alten herrlichen Bäume nagen. Eine nennenswerthe Zahl dieser wackeren Zeugen von poetischern Dezennien begann zu kränkeln, aus dem Kränkeln wurde ein Siechen und aus diesem ein Sterben. Die heimtückischen kleinen Oeffnungen, welche sich im Laufe der Zeit an den Verlöthungen der Röhren bildeten, ersetzten die Nagezähne körperlicher Würmer. Das giftige Gas entströmte und zerstörte das Leben der Bäume. Man suchte Abhülfe zu schaffen, grub die Erde auf, die übelriechend geworden war und mephitische Dünste verbreitete, man mauerte Kasten um die Wurzeln und ersetzte die schlecht gewordene Erde durch neue; man that Alles und thut fortgesetzt Alles und doch glauben Sachverständige die Zeit nicht mehr allzufern, wo unsere schöne Allee ganz dahin gewelkt sein wird — ein Opfer, das man der Neuzeit und ihren bewegenden reformirenden Ideen gebracht hat. Es wird nur noch wenig ganz gesunde Bäume unter den Linden geben, das Laub sieht krank aus, denn die Luft rings umher ist dunstig und staubgeschwängert, ungesund ist die Erde, aus welcher die Nahrung kommen soll. Wie darf es darum Wunder nehmen, wenn die Blätter fallen noch ehe der Herbst kommt, wenn die Kronen leerer und leerer werden, noch ehe der Quartalwechsel alle seine berühmten Annehmlichkeiten gebracht hat? —

Warum ich Sie, in der fernen östlichen Grenzmark, mit solchen elegischen Betrachtungen unterhalte? —

Weil ich soeben erst von einem Spaziergange zurückgekehrt bin, von einem Spaziergange, dessen Ende eine Promenade durch das Brandenburgerthor die Linden entlang war. Von der allerjüngsten Vergangenheit plaudert aber Jedermann am liebsten. —

Wir sind jetzt auf den Opernplatz gelangt. Der alte Fritz sitzt noch ruhig da auf seinem Riesensockel, sein Blick ist auf das Schloß gerichtet, streift aber vorher so manches Palais und der Ausdruck in seinen Zügen ist ernst, sehr ernst und nachdenklich. Auch auf den alten Blücher sieht er, den Helden mit dem kühnen Auge und der trotzigen Stellung, der seinen Leuten ein kräftiges „Vorwärts!" zuruft. Und die Leute (sie haben Hof, Weib und Kind verlassen) eilen vorwärts mit dem Rufe, der vorn am Blechkreuz der einfachen Mütze als Wahlspruch steht. Die Stellung des Alten ist heute trotziger denn je, das Schwert scheint weiter aus der Scheide gezogen als sonst, denn man wagt es, die Leute, an deren Spitze und mit denen er einst jene herrlichen Siege erfochten, die die Geschichte mit ehernem Griffel in ihre Tafeln grub, man wagt es, jene Männer, die forteilten von Weib, Kind und Habe zu schmähen, ihre Leistungen zu verkleinern, sie selbst für überflüssig zu erklären. Der alte Blücher — doch fort, fort mit solchen Aeußerungen, der Schutzgeist Preußens, unseres schönen Vaterlandes, mag und wird Alles zum Besten kehren!

Vorbei! vorbei!

Sie wundern sich, daß mein erstes feuilletonistisches Debüt so ernst ausfällt? Bester Herr, die Zeit ist ernst und eine schwere Atmosphäre liegt über uns gebreitet. Doppelt dankbar ist in dieser Zeit die Fürsorge der Väter unserer Stadt anzuerkennen, die das Nützliche mit dem Angenehmen in schönster Weise zu verbinden wissen und auch in ernster Zeit dafür sorgen, daß ein heiteres Lächeln um die Lippen der Bürger zuckt. Das „Vorbei! vorbei!" hat uns der Schloßbrücke nahe gebracht, jener Brücke, die viel bewundert und viel geschmäht worden ist.

Auf ihren Piedestalen, bei denen schlichtes, angestrichenes Holz den prätentiösen Marmor ersetzen muß, stehen sie da, die berühmten Schloßbrückengruppen, die „Puppen", wie sie der Berliner Volkswitz in kindlich-naiver Weise zu nennen beliebt. Welche paradeisische Unschuld muß in einer Stadt herrschen, deren fashionabelste Passage einen derartigen Schmuck erhalten hat! Aber auch diese Puppen sind wie alles Irdische irdischen Einflüssen unterworfen. In Staub und Regen kann der Marmor seine Paradiesfarbe nicht bewahren und wie die kleinen, hilflosen Weltbürger, die der Sonne Licht erst kurze Zeit schauen konnten, erheischen sie die Reinigung durch liebevolle Menschenhand. Auch andere Einflüsse wirken störend auf die Sauberkeit dieser Gruppen ein, deren männlicher Theil im adamitischen Kostüm erscheint.

Sie kennen doch die von Boccaccio dem Aesop entlehnte Fabel von dem merkwürdigen Nachtquartier, das einst ein Frosch und ein Käfer auf einer Wiese fanden? So ähnlich, wie dort des Breiteren erzählt wird, ergeht es den armen Puppen, nur daß die Schwalben hier die Rolle des Käfers und Frosches übernommen haben. Jene geflügelten Geschöpfchen, deren „Heimwärtsziehen" schon so viele Poeten begeisterte, haben nämlich die eigenthümliche Schlauheit gehabt, verschiedene Körperstellen der Statuen, wo freundliche Vertiefungen den geeignetsten Raum dazu boten, zur Gründung ihrer Nester und heimathlichen Stätten ungemein geeignet zu finden. Nicht immer aber haben die lieben Heimwärtszieher dabei rühmenswerthen Schönheitssinn und Beachtung ästhetischer Gesetze bewiesen, so daß so manches Aergerniß gegeben wurde und die Väter der Stadt in neuester Zeit Leute anstellten, welche eine Waschung und Reinigung der Gruppen vornahmen. Es gewährte einen erheiternden Anblick, die heroische Nike und all die heldenmäßigen Knaben, Jünglinge und Männer zu beschauen, wie sie es sich gefallen lassen mußten, mit Besen, Lappen und eventuell warmem Wasser behandelt zu werden.

So weit für heute meine Plauderei, die eben weiter nichts, als eine Plauderei sein will. Theater, Kunst und literarisches Leben kommen gelegentlich ein ander Mal an die Reihe. A propos Theater! Entsinnen Sie sich noch der famosen Geschichte zwischen Frau Formes und dem Buchhändler Perels in Hamburg, die ihrer Zeit in allen künstlerischen Kreisen so bedeutendes Aufsehen machte und unser gesammtes Theaterpersonal (das königliche natürlich) zu verschiedenen Rütliversammlungen, zu Protesten und feierlichen Erklärungen bewog? Der damals gekränkte und stark an seiner Ehre geschüttelte Buchhändler hat nicht still geschwiegen und all seine Fahrten in einem Possenspiel niedergelegt, das den Titel trägt: Meine Selbstbiographie. Von Martin Perels, Begründer der Monatsschrift „die deutsche Schaubühne" (Eduard Blochs Kommissionsverlag). Liebhabern von kleinen theatralischen Skandälchen wird diese im Allgemeinen mit gutmüthiger Satyre geschriebene Broschüre willkommen sein — und wo gäbe es wohl eine Stadt, die dergleichen Liebhaber nicht aufzuweisen hätte. Ich persönlich verabscheue diese Art der Kriegführung und der Rache.

Dr. —y—.

Briefe aus Böhmen.

XX.

Am 27. August des Morgens machte ich mich auf den Weg, um die Sympathie-Adresse des Vorstandes des Posener deutschen Vereins an

Nationale“ äußert sich unter Anderem über denselben Gegenstand: „Die Berliner Regierung besteht trotz des Widerstandes der Kammer, der Presse und der öffentlichen Meinung darauf, Preußen die neue Militärorganisation aufzubürden. Es ist dies Eigensinn, der sehr ernste Resultate haben kann. Wenn die preußische Abgeordnetenkammer, wie Alles vermuthen läßt, durch ein Votum die Beschlüsse ihrer Kommission bestätigt, die sich mit einer beharrlichen Energie gegen die Absichten der Regierung in dieser Angelegenheit ausgesprochen hat, so wird man einen viel ernsteren Konflikt, als den vor einigen Monaten, entstehen sehen. König Wilhelm könnte, ohne gegen die Verfassung zu verstoßen, die Kammer zum zweiten Male auflösen, aber dies wäre keine Lösung; das wäre höchstens ein Palliativ, und ein um so gefährliches Palliativ, da das Land sich bereits in den letzten Wahlen mit großer Kraft für die Landesvertretung gegen die Krone erklärt hat. Ein Staatsstreich würde eben so wenig die Schwierigkeit aufheben, denn die preußische Nation, und man muß ihr dazu Glück wünschen, scheint nicht in der Stimmung, sich durch eine Politik der Drohung und der Gewalt einschüchtern zu lassen.“

— [Pallegoix †.] Der „Temps“ meldet den Tod des bekannten Orientalisten und Begründers der siamesischen Studien in Europa, des apostolischen Vikars von Siam und Bischofs von Mallos, D. J. B. Pallegoix. Am 28. Oktober 1805 zu Combertalt bei Beaune geboren, im Seminar für die fremden Missionen erzogen, wurde er 1830 als Missionar nach Siam geschickt und zeichnete sich so aus, daß er schon 1838 das Vikariat darüber erhielt. Durch das Vertrauen, welches ihm der König Pra-Paramender Maha-Monghut schenkte, und dem Bischof bis zu dessen Tod bewahrte, ward der französische Einfluß in Siam dem englischen überlegen. Es ist dem Rath des Bischofs Pallegoix zuzuschreiben, daß eine englische Gesellschaft mit ihrem Antrag, den Isthmus von Kra zu durchstechen, abgewiesen wurde. Der König will nur einer französischen Gesellschaft die Unternehmung überlassen. Von dem Verstorbenen erschien zu Bangkok eine Grammatik der Thaisprache, dann später in zwei Bänden eine Beschreibung des Königsreichs Siam und endlich ein auf Kosten des Staats gedrucktes großes siamesisch-lateinisch-französisch-englisches Wörterbuch.

— [Die römische Frage.] Der gestrige Artikel der „France“ ist nicht wegen des abgedroschenen Programms der Dreitheilung Italiens, sondern wegen eines andern Punktes bemerkenswerth. Laguerronière sagt, die französische Okkupation könne nicht ewig dauern; um sie aufhören zu lassen, bedürfe es eines europäischen Kongresses, welcher das gedachte Programm feststelle. Wenn nun aber Turin oder Rom, oder beide dessen Annahme verweigern? Soll man sie dazu zwingen? Bei Leibe nicht, erklärt Laguerronière; in diesem Falle bleibt es beim gegenwärtigen Status quo. Da nun der Papst nur Nein zu sagen braucht, damit die gegenwärtige Okkupation fortdauere, so wird er sich natürlich hüten, in einen Vergleich zu willigen, der ihm die Romagna ein für alle Mal, und die Marken und Umbrien thatsächlich nimmt, der ihn zwing', Reformen in seinem Staat einzuführen, welche mit der Priesterherrschaft unvereinbar sind. Somit liegt die ganze Hohlheit des Laguerronière-schen Programms zu Tage. Vor allen Dingen wäre es interessant zu wissen, ob es wirklich am französischen Hofe eine Partei giebt, die sich einbildet, die europäischen Großmächte würden in eine solche Falle gehen und die permanente Okkupation Roms durch französische Truppen ausdrücklich sanktioniren, wie dies durch die Annahme jenes Programms durch einen Kongreß geschehen würde. Europa soll Beschlüsse fassen und, falls jene Beschlüsse von den Italienern nicht angenommen werden, Frankreich ermächtigen, in Rom zu bleiben! — Die „Patrie“ spricht sich heute mit großem Nachdruck gegen den italienischen Bundesstaat Laguerronière's aus, der ihr zufolge nur Oestreich zu Gute kommen würde. Auch der „Constitutionnel“ widerlegt die Ansichten Laguerronière's mit schlagenden Gründen.

— [Die mexikanische Frage.] Wenn die Nachrichten der „Presse“ Glauben verdienen, so ist an der Absicht der französischen Regierung nicht mehr zu zweifeln, ihren Plänen auf Mexiko eine große Ausdehnung zu geben. Die „Presse“ schätzt den Bestand der Streitkräfte, über die General Forey zu verfügen haben wird, auf nicht weniger als 60,000 Mann. Es bedarf keiner solchen Kraftentwickelung, um bis zur Hauptstadt Mexiko vorzugehen und die Schlappe von Puebla zu rächen. Ein anderer Umstand, der an eine dauernde Besetzung des Landes zu glauben veranlaßt, ist ein im „Gesetzbülletin“ erschienenes Dekret, welches den Oberbefehlshaber des Expeditionskorps mit der Vollmacht bekleidet, alle Stellen in der Artillerie und Marineinfanterie bis zum Grade eines Bataillons- oder Eskadronschefs besetzen zu dürfen. Ueber die ungeheuren Kosten, die ein so großartig angelegter Plan zur Folge haben wird, wagt natürlich Niemand zu sprechen. Die mexikanische Regierung that inzwischen Alles, den drohenden Sturm zu beschwören. Auf das Schreiben von Juarez an den Kaiser, welches letzterer unbeantwortet lassen wird, hat der Präsident angeblich einen sehr annehmbaren Ausgleichungsentwurf folgen lassen. Aber schwerlich wird jetzt sein Vorschlag noch Eingang finden, der die weitzielenden Kombinationen durchkreuzen würde, welche sich an die Anerkennung der Südstaaten, und an die Errichtung einer wesentlich französischen Macht in Central-Amerika knüpfen.

Paris, 15. September. [Verwarnung.] Der „Moniteur“ veröffentlicht die Verwarnung, welche die in Mans erscheinende „Chronique de l'Ouest“ wegen eines die kaiserliche Regierung und einen befreundeten Staat beleidigenden Artikels erhalten hat.

Paris, 16. Sept. [Telegr.] Nach Berichten aus Barcelona vom gestrigen Tage hat daselbst eine Wasserhose große Verheerungen angerichtet. Die Straßen wurden in Ströme verwandelt, die mit Kähnen befahren wurden. Viele Häuser sind eingestürzt. Die Verluste sind sehr bedeutend. — Aus Neapel wird gemeldet, daß Pulsky in Freiheit gesetzt sei. — Ein Telegramm aus Alexandrien vom gestrigen Tage theilt mit, daß in Hauran die Bevölkerung noch immer im Aufstande sei. Das türkische Lager ist angegriffen worden. Zu Castrovon und Gazir sind Aufstände ausgebrochen. Daud Pascha wurde zurückgerufen.

Italien.

Turin, 14. September. [Personalien.] General Brignone hat darum gebeten, ihm seine Civil-Funktionen in Sicilien abzunehmen. — Staatsrath Monale ist zum königl. Kommissar in Palermo mit Präfekten-Vollmacht ernannt worden.

Turin, 15. September. [Telegr.] Die „Gazetta ufficiale“ erklärt, daß die Regierung der Gerechtigkeit freien Lauf lassen werde. Die Rebellion sei thatsächlich in mehreren Provinzen ausgebrochen gewesen, und es bleibe nur übrig, einen Assisenhof zu bestimmen, der das Urtheil über die Rebellen zu sprechen habe.

Rußland und Polen.

Warschau, 14. Septbr. [Zamoyski und seine Adresse.] Dem „Dziennik posn.“ wird von hier geschrieben: Wir erhielten bis zum Freitag Abend reichende Nachrichten, welche wir für völlig glaubwürdig halten. Demnach haben sich neue und wichtige Dinge zugetragen. Die Audienz des Grafen Zamoyski bei Sr. k. Hoheit dem Großfürsten, die mit einer langen lebhaften, ja erregten Besprechung verbunden war, hat wirklich stattgefunden. Sie ist gegenwärtig der Mittelpunkt des allseitigen Interesse. Die nationale Partei hat durch ihre Delegirten den formellen Anlaß von der neuesten Ansprache des Großfürsten an die Polen nehmend, eine Art schriftlichen Mandats abgefaßt und dem Grafen Zamoyski als Basis seines Auftretens dem Großfürsten-Stellvertreter gegenuber gegeben. In diesem Schriftstück setzt die Partei ihr Verhältniß zu den „Rothen“ oder der Revolutionspartei einerseits und der Regierung andererseits auseinander und erwähnt die allgemeinsten und dringendsten Forderungen der Nation, ohne deren Gewährung die Beruhigung der Gemüther nicht erreicht werden könne. An der Spitze dieser Forderungen steht die Verbindung der Verwaltung Litthauens mit der des Königreichs. Dieses Dokument hat Zamoyski dem Großfürsten am vorigen Sonnabend vorgelegt. Uebrigens handele es sich — versichert der „Dziennik“, welchem die Trennung zwischen Adel und Volk nicht paßt — hier nicht um eine Adelsadresse, wovon in der ganzen deutschen Presse die Rede ist, sondern um eine Adresse des Landes im Gegensatz zur Stadt, daß sich unter den Betheiligten viele Edelleute befinden, sei zufällig und nebensächlich. Die Bewegungspartei sei zwar sehr erbittert gegen die Manifestation, werde ihr aber bald ihre Anerkennung zollen müssen, während Graf Wielopolski durch den Keil, den er anscheinend zwischen Adel und Volk zu treiben beabsichtige, vor beiden Parteien keine Gnade hat.

Türkei.

Ragusa, 15. Septbr. Die Insurgenten in der Herzegowina legen die Waffen nieder. (Tel.)

Belgrad, 15. Sept. [Telegr.] Heute verließen 200 Nationalgardisten die Barrikaden und zogen mit den Waffen nach ihren Heimathsdörfern, weil sie den Zweck längeren Wachestehens nicht einsahen. Zwei Bataillone der Reservemiliz wollten dem Beispiele folgen, wurden aber durch das Versprechen, daß binnen zehn Tagen die Auflösung erfolgen solle, beruhigt.

Asien.

Japan. — [Feindselige Stimmung gegen die Fremden.] Die neuesten Nachrichten lauten wenig befriedigend. Es geht daraus hervor, daß jene Partei unter den Daimios, welche ungünstige Gesinnungen gegen die Fremden hegt, ihr Haupt immer kecker erhebt und nahe daran ist, in offene Rebellion überzugehen. Der Mann, welcher in der Nacht vom 25.—26. Juni einen Mordanfall auf die englische Gesandtschaft machte, gehörte zu dem Gefolge eines Daimio, der denselben unter die der Gesandtschaft von den japanesischen Behörden beigegebene Wache einzuschmuggeln gewußt hatte. In Yeddo sollte, um diese und andere wichtige Staatsangelegenheiten zu schlichten, eine Konferenz der höchsten Würdenträger stattfinden. Die fremden Gesandten hatten beschlossen, Yeddo, trotz des Attentats gegen den englischen, nicht zu verlassen; es waren aber daselbst anonyme Pamphlete in Umlauf, welche gegen die Fremden, und besonders gegen deren Aufenthalt in Yeddo, gerichtet waren. In Nagasaki wurden zwei japanesische Polizeiwachen durch betrunkene französische Matrosen getödtet, welche sie in Haft nehmen wollten.

Amerika.

— [Vom Kriegsschauplatze.] Den Bericht über die am 30. August in Virginien stattgehabte Schlacht ergänzen wir durch folgendes Telegramm des Reuterschen Bureaus: „Newyork, 1. Septbr. Am 30. Aug. ward wiederum eine Schlacht zwischen dem General Pope und den bedeutend verstärkten Konföderirten geschlagen. Letztere blieben im Vortheil, und General Pope zog sich mit seinem ganzen Heere in guter Ordnung nach Centreville zurück, wo zwei neue Divisionen unter den Generalen Franklin und Sumner zu ihm stießen. Die Regierung läßt telegraphiren, General Pope nehme die festeste Stellung in der Nachbarschaft von Washington ein, man erwarte, daß er den Kampf erneuern werde, und es seien alle Kräfte aafzubieten, um die Ankunft der neuen Truppen zu beschleunigen. Gestern (Sonntag) fand kein Gefecht statt. Der Korrespondent der „Newyork Tribüne“ schreibt: „Das Ergebniß der Schlacht am 29. Aug. bestand darin, daß die Konföderirten Anfangs ungefähr zwei (englische) Meilen zurückgetrieben wurden, aber, nachdem sie Verstärkungen erhalten hatten, wieder eine Meile an Terrain gewannen. Die Unionisten blieben eine Meile weit vor der Position stehen, wo die Schlacht am Morgen begonnen hatte. Die Schlacht am folgengenden Tage hatte einen großartigen Charakter. Man nahm an, daß das ganze Heer der Konföderirten unter Befehl des Generals Lee in der Front des Unionsheeres stehe. Die Unionsgenerale Heintzelmann und Porter eröffneten den Angriff am Morgen, stießen jedoch auf ungeheure Scharen konföderirter Infanterie und zogen sich in Unordnung zurück. Die Konföderirten avancirten hierauf mit ihren Batterien und entsandten rasch Kartätschenladungen in die sich zurückziehenden feindlichen Reihen. General M'Dowell rückte hierauf zur Unterstützung der Unionstruppen vor und versuchte, das Centrum zum Stehen zu bringen; die Konföderirten aber hatten seine Bewegung vorhergesehen, die Generale Sigel und

---

die Prager Deutschen ihrer Bestimmung gemäß zu verwenden. Ich hatte bei dem Bemühen viel Mißgeschick, traf aber zuletzt doch den rechten Mann, der sie wohl am zweckmäßigsten verwendet haben wird.

Zuerst suchte ich den Herrn Doktor Kreutzberg auf, einstmals Mitglied des deutschen Parlaments, an den ich von dem Herrn Professor Wuttke aus Leipzig gewiesen worden war; ich traf ihn jedoch nicht einheimisch. Später erfuhr ich, daß er seiner Gesinnung nach weniger deutsch, als vielmehr östreichisch sei, es stand also wenig Harmonie zwischen uns in Aussicht. Alsdann gab ich ein Empfehlungsschreiben einer unpolitischen Freundin an den Buchhändler Kober ab, traf ihn aber gleichfalls nicht zu Hause, mehr zu meinem Glück als zum Unglück. Denn obgleich Herr Kober wohl ein Deutscher sein mag, so ist seine Buchhandlung doch eine der wenigen tschechischen; demnach zieht ihn sein Interesse jedenfalls auf die Seite der Tschechen, und eine Sympathie-Adresse gegen dieselben war also bei ihm nicht angebracht. Daß Dr. Klutschak, der Redakteur der „Bohemia“, an den ich ebenfalls empfohlen war, in das Bad gereist war, hatte ich schon früher erfahren. Auch er war nicht der erste Empfänger der Adresse, er gehört zu der „gemäßigten“ Partei der Prager Deutschen.

Ich wendete mich nun an Dr. David Kuh, den Redakteur des „Tagesboten aus Böhmen“ und Abgeordneten des böhmischen Landtages — das war der rechte und ganz mein Mann. Er hat unter schweren Kämpfen gegen die Tschechen, die Regierung und die mattherzigen Deutschen durch Gründung seiner Zeitung vor zehn Jahren eine wahrhaft deutsche Partei in Prag und in Böhmen erst geschaffen. Seitdem erhebt sie sich von Jahr zu Jahr zu immer kräftigerem Leben. Herr Kuh und seine Gesinnungsgenossen wollen vor Allem deutsch sein, sie ordnen also die Verlangen ihres besonderen Vaterlandes dem allgemein deutschen unbedingt unter. Sie sind für die Vereinigung aller deutschen Stämme und Länder zu einem einzigen Staatsverbande ebenso begeistert, als nur irgend ein Thüringer oder Badener; sie haben aber die nahe Ausführung dieser Idee als unmöglich erkannt und befördern demnach mit rühmlicher Selbstverleugnung die Zwecke des Nationalvereins, nämlich die möglichst enge Vereinigung des nichtöstreichischen Deutschlands unter Preußens Führung, allerdings richtig erkennend, daß dieses sogenannte Kleindeutschland für die Deutschen Oestreichs ein mächtiger Rückhalt sein würde. Die preußenfeindliche Politik der östreichischen Regierung wird von den Tagesblättern entschieden verworfen. Wenn ihr, sagt K. ungefähr, der Plan, den Zollverein zu sprengen, gelingt, so wird sie den Haß jedes deutschen Patrioten über die Zerreißung des einzigen Bandes, welches den größten Theil von Deutschland verbindet, auf sich ziehen; mißlingt er, so trifft sie die Verachtung, die ohnmächtigem bösen Willen gebührt. Eine überaus kühne Stellung nimmt der Tagesbote in Betreff der innern Politik ein. Venetiens soll sich Oestreich völlig entäußern, die ungarischen Länder blos in losem Verbande mit dem Gesammtstaate halten und sie ganz den Magyaren zu beliebiger Ausbreitung ihrer Nationalität überlassen. In diesem Punkte kann ich mit dem Tagesboten nicht übereinstimmen. Wenn Herr Kuh auch durch mehrjährigen Aufenthalt in Ungarn Gelegenheit hatte, die Magyaren näher kennen zu lernen, so hat ihn seine schwärmerische Natur doch gehindert, sie richtig zu beurtheilen. Sie haben als ein Volk von adligen Manieren, sowie die Polen, sehr viel Bestechendes. Aber durch blindes Schwärmen für die Nationalität, worin sie es wirklich sogar den Polen zuvorthun, und durch einen übermächtigen Nationaldünkel, den wir Deutsche durch kritikloses Gerühme großgenährt haben, wird man noch nicht in den Stand gesetzt, einen lebensfähigen Staat der Neuzeit zu bilden und zu erhalten. Die Magyaren arbeiten nicht; nur ihr Haß gegen Oestreich und gegen die Deutschen stachelt sie zu Kraftanstrengungen. Sich selbst überlassen würden sie aus den mittleren Donauländern, so reich sie an Naturschätzen sind, eine Heimath stumpfer Trägheit, aufgeblasener Barbarei und staatlicher Ohnmacht machen.

Besser stimmte ich mit Dr. Kuh in der Auffassung des Verhältnisses zu den Tschechen. Er betrachtet Böhmen nebst Mähren als ein deutsches Land, in welchem die deutsche Nationalität und Sprache durch mehrhundertjährige geschichtliche Entwickelung und altes Herkommen im Besitze eines Vorrechts sei. Eine Gleichberechtigung der beiden Sprachen hält er ebenso für ein Unding, wie ich diejenigen der deutschen und polnischen im Posenschen. Was den Tschechen an Rechten für ihre Sprache gewährt wird, betrachtet er als einzelne Verwilligungen, wodurch das Grundrecht der Deutschen nicht beeinträchtigt wird. Der Widerspruch und der Haß, den Herr Kuh durch sein Auftreten bei den Tschechen erregte, waren anfangs sehr heftig; er wurde persönlich verfolgt und bedroht; es wurden ihm nach und nach dreizehn „Mordbriefe“ zugesendet; er wurde unter Anklage gestellt und zu 6 Jahren Gefängniß verurtheilt, wovon er 18 Monate abgesessen hat. Jetzt ist mit dem Erlahmen der tschechischen Bewegung auch für ihn mehr Ruhe und Sicherheit eingetreten.

Meine Posener Sympathie-Adresse erregte durch die darin ausgesprochene deutschbrüderliche Gesinnung bei dem Dr. Kuh und mehreren gleichgesinnten Männern freudigen Beifall; indeß nahm er Anstand, sie in seinen „Tagesboten“ aufzunehmen, um die Tschechen, welche seit Jahr und Tag immer mehr der Gewalt der Verhältnisse, welche ihren Bestrebungen entgegenstehen, nachgeben und ihre übertriebenen Anforderungen herabstimmen, nicht wieder zu neuen krankhaften Kraftanspannungen aufzureizen. Er übernahm es jedoch, sie durch Wiener Blätter, die auch in Böhmen gelesen werden, dort zur Kenntniß zu bringen.

Eine vielleicht charakteristische Erfahrung, die ich an Dr Kuh machte, will ich hier noch mittheilen. Wie ich anderweitig hörte, hegt er zwar selbstverständlich nicht von der preußischen Regierung, aber doch von dem preußischen Volke eine hohe Meinung: mir gegenuber sprach er dieselbe jedoch nicht aus, sondern benutzte jede Gelegenheit, um mir die Vorzüge der Oestreicher oder der östreichischen Zustände vorzuhalten. Die sozial-politische Grundlage sei in Oestreich vollkommen demokratisch; Privilegien, namentlich Adels-Privilegien, seien gar nicht mehr vorhanden; die in Preußen bestehende gutsherrliche Polizeigewalt sei nicht mehr wiederhergestellt; die hohen adligen Gutsbesitzer gehörten mit zu den Gemeinden, wie die einfachsten Bauern, und würden von der Gemeindevertretung oft über das billige Maaß zur Tragung der Gemeindelasten herangezogen; die östreichischen Fürsten und Grafen, welche in Betreff des Alters ihres Stammbaums, des Ruhmes ihrer Ahnen und ihres Vermögens mit Geringschätzung auf den preußischen Adel herabsehen könnten, nähmen in den geselligen Verhältnissen gar kein Vorrecht für sich in Anspruch; der östreichische, besonders der deutsche und der magyarische Bauer dagegen träte dem Beamten gegenüber mit Selbstgefühl und Stolz auf.

Von dem „Tagesboten“ erwähne ich rühmend noch, daß er in einem schönen, reinen Deutsch geschrieben wird. Tadeln muß ich dagegen, daß in ihm alle irgend tschechischen Wörter, also nicht bloß Personen-, sondern auch Ortsnamen, ja sogar der Name des Volkes selbst in tschechischer Schreibweise geschrieben und dabei nicht das geringste Strichlein versäumt wird. Mit mehr Recht, wie Čechen, müßten wir auch Françosen und Russen mit den verrussten byzantinischen, Türken mit den vertürkten arabischen Buchstaben schreiben, und der deutsche Michel müßte, um alle fremden Völker-, Orts- und Personen-Namen lesen und aussprechen zu können, alle möglichen verzwickten nationalen Schreibweisen erlernen. Das wäre freilich recht weltbürgerlich deutsch und würde den Beifall des Herrn Metzig einernten; ich aber frage, ob und wodurch wir Deutsche denn allein verdammt sein sollen, uns in allerlei vermoderte oder neugebackene fremde Nationalitäten zu fügen und selbst nicht national zu sein. Es kommt doch, wenn wir Deutsch schreiben, nicht darauf an, wie Fremde ihre Namen aussprechen und welche Zeichen sie erfunden haben, um diese Aussprache wiederzugeben, sondern, wie wir sie mit deutscher Zunge aussprechen, und danach müssen wir auch unsere deutschen Zeichen anwenden.

M'Dowell wurden auf ihrem linken Flügel von den Konföderirten bedrängt und hatten an allen Punkten eine überlegene Truppenzahl gegen sich. General Sigel entwickelte eine große Bravour; die Truppen des Generals M'Dowell zogen sich in großen Haufen über Bull Run zurück. Um 5 Uhr Nachmittags wandte sich das Glück der Schlacht entschieden gegen die Unionisten. General Pope hatte alle seine Reserven herbeibeordert und versuchte noch immer, den Tag zu retten; aber auf der ganzen Straße von Centreville waren Artillerie, Infanterie, Kavallerie und Wagen in Verwirrung und zogen sich zurück. Der rechte Flügel des Unionsherres hielt sich noch ziemlich fest und verhinderte die Konföderirten, die errungenen Vortheile zu verfolgen. Die Nachhut des Unionsheeres ging um 8 Uhr Abends in vollkommen guter Ordnung über Bull Run und zog sich nach Centreville zurück. General M'Clellan wird scharf getadelt wegen seiner Weigerung, seine Truppen sofort, als er den Befehl dazu erhalten hatte, von Alexandria abzusenden. Man fürchtet, daß General Banks mit seinem ganzen Korps abgeschnitten ist. General Jackson marschirte mit 30,000 Mann ohne Zelte und Wagen in zwei Tagen von Rappahannock ans eine Strecke von 40 (englischen) Meilen, gelangte durch Thoroughfare Gap in die Ebene und nahm Manassas."

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 16. Septbr. [48. Sitzung.] Um 9 Uhr 20 Min. von dem Präsidenten Herrn Grabow eröffnet. Am Ministertische Anfangs nur die drei Regierungskommissare, dann die Minister v. d. Heydt und Gen. v. Roon. Die Tribünen sind wiederum gefüllt. — Zur Fortsetzung der Generaldebatte über den Militäretat pro 1862 nimmt das Wort der Abg. Twesten (gegen den Kommissionsantrag): Gegen die formalen Anträge der Kommission habe er geglaubt einen andern Antrag stellen zu müssen. Da derselbe von der Regierung ebenfalls bekämpft wird, so wolle er noch einmal auf die materielle Seite der Frage eintreten. Die Grundzüge der Reorganisation seien die vermehrte Rekrutenaushebung, die Verstärkung der aktiven Feldarmee, das Zurückziehen der Landwehr aus der mobilen Armee. Ersteres sei allgemein gebilligt; damit hänge aber eine Vermehrung der Cadres zusammen, sicher ein Fortschritt für die Schlagfertigkeit der Armee. Sehr wenige hätten früher gemeint, diesen Grundzug der Organisation erschüttern zu können. Jetzt sei freilich, wie es scheine, die Majorität des Hauses zu anderen Ansichten übergegangen; seiner Meinung nach ohne Grund, und er seinerseits lasse sich durch die Haltung der Regierung in seiner Ueberzeugung nicht irre machen. Neben einer solchen Armee von 250,000 Mann, wie sie jetzt organisirt ist, sei es unmöglich, noch eine zweite Armee, eine Landwehrarmee ins Feld zu schicken; sie könne nur noch als Nachschub auftreten. Die Vermehrung des stehenden Heeres trage keine Gefahr für die Rechte und Freiheit des Volkes; die Landwehr habe doch bis jetzt nicht zum Schutze dieser Rechte gedient. Ein freilich unmögliches, gänzliches Abschaffenwollen der stehenden Heere könne sich erklären lassen; das stehende Heer sei aber eben ein nothwendiges Uebel. Das Verweisen auf die Schweiz treffe nicht zu, denn Preußen sei eine Großmacht und Amerika liefere jetzt ein furchtbares Beispiel. Es handle sich aber nicht um den Unterschied zwischen Miliz und stehendem Heere, sondern um Landwehr und Linie. Man habe ferner aus Radetzky's Werken in den zwanziger Jahren auf die Vorzüge der Milizheere geschlossen; damals seien aber in Europa andere Verhältnisse maaßgebend gewesen, und die Frage, wie die Organisation entstanden, habe noch in keinem Lande einen Einfluß ausgeübt. In England falle es Niemandem ein, sich in die wohlbegründeten Rechte des Parlaments einen Eingriff zu erlauben, mag er innerhalb oder außerhalb der Armee stehen. In allen Staaten sei eine Vermehrung der militärischen Kräfte seit 1848 eingetreten; jetzt sei vielleicht die Gefahr nicht so imminent, aber Aussicht auf so ruhige Verhältnisse wie vor 1848 sei auch nicht vorhanden. Man könne nun die Armee nicht einrichten nach augenblicklichen Verhältnissen, nach jeweiligen Personen; diese Frage greift über eine Personenfrage hinaus, und führt diese Frage gerade einen Konflikt, einen Bruch herbei, so würde er die jetzige Regierung nicht schwächen, sondern stärken. Thatsächlich müsse man das Bestehende und die schwer ins Gewicht fallende Meinung der Regierung berücksichtigen. Die Landesvertretung werde den Technikern die Grundzüge überlassen müssen; sie habe nur die finanzielle und die wirthschaftliche Seite zu prüfen. Die finanzielle Lage Preußens sei noch nicht so schlecht, wenn vielleicht auch nicht so rosig, wie sie von der Regierung dargestellt wird. Die Lage sei augenblicklich gut; man wolle weder in die Zustände des Jahres 1820 zurückkommen, noch in die Oestreichs hinein gelangen. Oestreich habe nie im Kriege ausharren können, weil seine Finanzen in Verwirrung waren. Das Land nach der Kopfzahl sei allerdings zu hoch belastet, man müsse also unbedingt auf eine Ermäßigung des Militärbudgets bedacht sein; der Finanzminister habe selbst eine Reduktion von 2½ Millionen für unerläßlich erklärt. In Bezug auf die Ersparungen, fänden sich viele Positionen, wo sie sich anwenden ließen, die Hauptposition aber sei die Zurückführung auf zweijährige Dienstzeit und dann reducire sich der Etat von 41 Mill. auf 36½ Mill. Die kürzere Dienstzeit bestehe in vielen Ländern, in Dänemark und Holland betrage sie nur ein Jahr, in Sachsen und Hannover weniger als zwei Jahre. Autoritäten halten die Ausbildung der Mannschaften in kurzer Zeit für möglich. Die vortreffliche östreichische Armee habe 1859 in Italien zum Theil aus Mannschaften, die erst 1, resp. 1¼ und 1½ Jahr gedient hatten, bestanden. Das spreche sicher für die kürzere Dienstzeit. Stelle man erst auf, daß künftig die zweijährige Dienstzeit gelten solle, dann werde auch das Haus mit dem Kriegsminister nicht markten, wenn 1863 die Uebergangsperiode uns theurer wird. Das Zustandekommen des gegenwärtigen Etats könne man mit dem Bestande des Herrenhauses nicht in Verbindung bringen, nicht das Zustandekommen des Gesetzes abwarten, sonst komme man aus dem bösen Zustande nicht heraus. Es ließen sich recht gut die Wünsche des Landes befriedigen. Sein Antrag sei kein Kompromißversuch mit der Regierung, sondern ein Vorschlag an das Haus, und die Regierung würde materiell, moralisch, ja physisch gezwungen sein, diesem Vorschlag, einmal angenommen, nachzukommen. Die zweijährige Dienstzeit fordere das ganze Land, und bewillige das Haus nur Geld für die zweijährige Dienstzeit, so werde die Regierung nachgeben müssen, denn sie werde nicht einen verfassungswidrigen Kampf beginnen wollen. Die Mehrheit der Kommission habe selbst die vermehrte Aushebung für nützlich erklärt, sie wolle auch nicht die Armee desorganisiren; auch Herr v. Kirchmann habe erklärt, daß, wenn man auf den Zustand von 1859 nicht zurückkehren wollte, es unlogisch sei, jetzt streichen zu wollen; dann müsse man provisorisch bewilligen. An dieser Frage werde man noch jahrelang zu thun haben, ehe ein normaler Zustand herbeigeführt sein wird. Die Angelegenheit sei eine schwierige, aber sie sei keine Sache des Vertrauens. Es handle sich darum, eine zu lange offen gebliebene Wunde zum Wohle des Vaterlandes zu schließen. Es sei den Antragstellern darauf angekommen, ein Intermistikum herbeizuführen, das den Zustand erträglich macht. Die von der Kommission geltend gemachten Gründe seien formeller Natur. Bis 1865 würde es dem Kriegsminister unmöglich sein, sich innerhalb der Grenzen des Gesetzes von 1814 zu halten; es gehörten 5 Jahrgänge dazu. Bei ausbrechendem Kriege müßten die Landwehrleute anders verwendet werden, oder das Haus werde in die Lage kommen, dann ein Gesetz zu berathen. Er wolle eine sofortige gesetzliche Regulirung der Angelegenheit. Man müsse darauf halten, daß die Gesetze nicht fortwährend ihrem Geiste nach verändert werden, aber in dem jetzigen Verfahren der Regierung mit der Landwehr könne er keinen Rechtsbruch sehen; denn wenn die Regierung eine andere Verwendung der Landwehr für gut hält, so sei dies Sache der Exekutive. Das Haus habe keine Verpflichtung, das Gesetz von 1814 aufrecht zu erhalten, es habe nur die Pflicht, die gesetzliche Regulirung zu fordern. Herr Gneist hätte 1860 Recht gehabt, zu sagen: „kein Gesetz, kein Geld". Heute seien die Verhältnisse anders. Man könne sagen: „ohne Gesetz wird nur provisorisch bewilligt", aber nicht: „ohne Gesetz wird nichts bewilligt". Damit gebe man der Regierung die freie Hand, auch ohne Etat 1863 fortzuwirthschaften. Ein Rechtsbruch liege hier nicht vor und die Regierung sei zu entschuldigen. Wie man 1861 bewilligt hat, konnte man nicht verlangen, daß am 1. Januar 1862 die Bataillone wieder aufgelöst würden, und die Ansicht des Hrn. v. Patow von der Bedeutung des Extraordinariums sei vollkommen gerechtfertigt. (Unruhe links.) Es sei sicher eine große Rechtsverletzung durch die Organisation begonnen worden, insoweit, als neue Regimenter, neue Stellen vollständig geschaffen worden sind, ohne daß sie nur auf dem Etat gestanden haben, und darin müsse er dem Kriegsminister entgegentreten. Bezüglich der neu kreirten Stellen müsse in der Militärverwaltung gelten, was in der Civilverwaltung gilt; das geschehe aber durchaus nicht und sei auf das Schärfste zu tadeln. In der Militärverwaltung glaube man, daß Sr. Maj. dem Könige allein dies Recht zustehe; das sei nicht der Fall, auch hier sei die Mitwirkung der Landesvertretung nöthig. Bisher sei der ganze Militäretat eigentlich nur ein großes Pauschquantum, das bewilligt gewesen wäre. In England werde jede einzelne Position votirt und gerade in diesem Jahre habe man anerkannt, daß jede Ueberschreitung, jede Uebetragung von einem auf den andern Titel sofort dem Parlament mitgetheilt werden müsse. Wenn hier dieser Grundsatz eingeführt würde, könnte man ganz zufrieden sein. Ein Abweichen von dieser Regel würde in England jedem Minister den Hals brechen; bei uns würde dies freilich anders sein. (Heiterkeit.) Wäre das Verfahren der Militärverwaltung bei uns ein richtiges, so gäbe es bei uns kein Steuerbewilligungsrecht; aber deshalb könne man noch nicht die Reorganisation rückgängig machen, weil ungesetzlich verfahren worden sei. Schon die Thronrede von 1860 habe die Militärvorlage als von hoher Wichtigkeit bezeichnet; damals habe man nicht daran gedacht, daß sie eine verhängnißvolle Krisis herbeiführen könnte. Die Schuld daran trage aber die Behandlung der Sache von Anfang an. Die Herren v. Auerswald und v. Patow rechneten auf Popularität im Lande, um diese Reorganisation mit ihren Lasten durchzuführen. Es wäre besser gewesen, diese Aufgabe hätte sich gleich unausführbar gezeigt. Auch Hr. v. Vincke habe sich damals für die zweijährige Dienstzeit und für die Ermäßigung der Ausgaben sehr energisch erklärt; das Haus sei darauf nicht eingegangen und habe provisorisch Geld bewilligt. Dann habe man die offiziösen Theorien von der Inkompetenz der Kammern, in militärischen Dingen mitzusprechen, aufgestellt, von der Stellung der Armee zur Krone, von der Armee als Bollwerk gegen die Tendenzen der Neuzeit. Derle Dinge geben den Anschein, als arbeite man darauf hin, eine radikale Strömung im Lande hervorzurufen. Das Haus habe nicht der Regierung Schwierigkeiten bereiten wollen, es wollte nur sich nicht mehr von Persönlichkeiten leiten lassen und — es wurde aufgelöst. Neue Minister traten ein ohne Ansehen im Lande. Es sei unmöglich zu glauben, daß ein System, zu dem die neuen Minister berufen schienen, erträglich sein könne. Auch der Finanzminister, ein so hervorragender Staatsmann, habe sich getäuscht, wenn er geglaubt, daß die Besorgung der fortlaufenden Geschäfte genügen könne. Nein, es handle sich um den Ausbau der Verfassung; da sei kein Widerstand möglich und das Streben des Landes lasse sich durch materielle Dinge nicht eindämmen. Eine freiheitliche Entwickelung der inneren Zustände, ein freiheitliches Zusammengehen des Volkes mit der Regierung werde allein befriedigen, die Erleichterungen thäten es nicht mehr. Neuwahlen würden in den Ansichten des Landes keine Aenderung hervorbringen. Erwäge man die Stimmen des öffentlichen Organs der Reaktion, so könne man sich nicht verhehlen, daß dort die Stimmung sei, es sei jetzt an der Zeit, daß es zum Konflikt komme, es möge biegen oder brechen. Auch in liberalen Kreisen meine man, es sei jetzt an der Zeit, daß die Verfassung ihre Probe bestehe, — könnte sie es nicht, dann möge sie zu Grunde gehen. Einmal werde die Regierung doch nachgeben und dann werde die oder eine Verfassung zur Wahrheit werden. Je radikaler die Beschlüsse des Hauses ausfallen, je zufriedener werde das Land sein. Die Regierung müßte den Versuch machen, daß es nicht zu einem äußersten Entschlusse im Hause komme, das Haus müsse es vermeiden, etwas zu beschließen, was jegliche Verständigung unmöglich mache. Jede Ausgabe, die hier einmal verweigert ist, sei ein Verfassungsbruch; werde sie doch geleistet, so hätten wir kurhessische Zustände. Kein Minister dürfe sein Gewissen in die Wagschale werfen gegen das Recht des Landes. Es sei nicht zu Gunsten des Landes und der Dynastie, einen Konflikt herbeizuführen. Aus diesen Ansichten sei sein Antrag hervorgegangen. Vor den Kommissionsanträgen warne er; sie seien verderblich und es werde ein Unglück sein, wenn in dieser Frage ein äußerster Schritt geschieht; das sehen viele Männer ein. Wir wollen erhalten, was wir für gut finden, wir wollen verwerfen, was unmöglich ist; damit geben wir kein Vertrauensvotum. Unsere Entscheidung ist aus sachlichen Rücksichten hervorgegangen, aber ein unausführbarer Beschluß könnte auch ein mächtigeres Parlament, als wir es sind, eine ältere Verfassung, als die unsrige, erschüttern. Der Antrag des Herrn Reichensperger sei nur ein formeller. Der Kriegsminister scheine bei dem Worte: Indemnität immer zu denken, es werde der Regierung ein Verbrechen vorgeworfen, für das sie die Begnadigung nachsuchen soll. Das sei gar nicht beabsichtigt; es wolle Niemand auf den Zustand von 1859 zurückgehen. Es sei ein schlechter Trost, zu sagen, ich habe das gewollt, was ich idealer Weise hätte wollen müssen, was ich aber als unerreichbar nicht habe fordern können. Mit den Kommissionsanträgen stelle man sich auf den Standpunkt eines Princips, das die realen Verhältnisse mißachtet. Anstatt materielle Vortheile für 1863 zu erreichen, rufe man augenblicklich große Unregelmäßigkeiten im Etat hervor; jedenfalls werde man Enttäuschungen hervorrufen, welche der Autorität des Hauses schweren Abbruch thun werden. Jeder wolle Recht haben, und höre man den Kriegsminister und seine Gegner, so scheine es, als ob zwei verschiedene Sprachen gesprochen würden, als ob man sich nicht verstehe, und darüber breche das Unglück herein, das man wohl in nicht zu ferner Zukunft der Regierung wegen ihrer Hartnäckigkeit zuschreiben werde. Möge man sich gegenseitig entgegenkommen und dies Unglück vermeiden. Es drohen Gefahren, und er wünsche, man möge sich nicht auf den Boden eines solchen Formalismus stellen. (Bravo rechts.)

Der Minister v. d. Heydt: Der Vorredner habe mit gewichtigen Worten auf den Ernst der Lage hingewiesen und gewünscht, daß im Interesse des Landes Jeder zu einer Verständigung das Seine beitrage. Die Regierung wünsche keine Krise, sie wolle nicht, daß das Haus sich unter ihren Willen beuge; sie sinne nicht auf Verfassungsbruch; das sei eine unbegründete Verdächtigung. Ein Verfassungsbruch könne von allen Faktoren der Gesetzgebung begangen werden; die formelle Möglichkeit dazu sei nicht zu bestreiten. (Ein Mitglied links: Auflösen!) Die Regierung sei auch heute noch überzeugt, daß sie nicht anders habe verfahren können und halte die von der Kommission vorgeschlagene Absetzung für unmöglich. Es liege kein Auskunftsmittel vor; gäbe es eins, die Regierung würde sich glücklich schätzen. Aber bestehen Sie auf Ihre Beschlüsse, dann werde etwas geschehen müssen, was in der Verfassung nicht geschrieben steht. (Bewegung.) Es könne nicht davon die Rede sein, berechtigte Forderungen zurückzuweisen. Er wünsche dringend, daß das Haus durch Beschlüsse nicht Dinge herbeiführte, die er tief beklagen würde, die den Interessen des Hauses, des Landes nicht entsprechen. Die Minister würden gerne ihre Stellen in Hände übergehen sehen, die das Vertrauen aller Faktoren haben, sie seien nicht hier, um Annehmlichkeiten zu genießen. Wolle man nur Männer, die nur das Vertrauen der Majorität des Hauses hätten, so fordere man, daß die Krone ihre Rechte aufgebe. Die Regierung wünsche eine Verständigung, aber auch das Haus müsse das Seinige dazu thun; sie habe ihr Entgegenkommen gezeigt. (Die Minister Graf zur Lippe und von Itzenplitz sind eingetreten.)

Abg. v. Forkenbeck (für den Kommissionsantrag): Es sei eine schmerz-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Literarisches.

Neues Lausitzisches Magazin. Im Auftrage der Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften herausgegeben von Gottlob Traugott Leberecht Hirche, Ehrenmitglied und Sekretär der Gesellschaft. Neununddreißigster Band. Erste Hälfte. Görlitz. Im Selbstverlage der Gesellschaft und in Kommission der Buchhandlung von Gustav Köhler. 1862. (Posen, Mittler'sche Buchhandl.)

Das die lange Titel-Aufschrift eines voluminösen Werkes von siebenzehn Bogen Lexikon-Oktav. Von je her zeichneten sich die Schlesier durch ihre Heimathliebe und durch regen wissenschaftlichen Sinn aus.

Der letztere bethätigt sich durch die zahlreichen gelehrten Gesellschaften und wissenschaftlichen Vereine, an denen Schlesien reicher als irgend eine andere Provinz ist. Aber dieser Sinn geht mit der Heimathliebe Hand in Hand, die spezifisch vaterländische Geschichte kennen zu lehren, vaterländische Kultur, vaterländisches Streben und Wirken zu fördern, das sind die Endzwecke aller solcher Vereine.

Und manches Schöne ist dadurch schon geleistet worden. Das bewahrheitet auch das uns vorliegende stattliche Buch edirt von einem dieser Vereine: „Der Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften".

Einem sehr umfassenden Bericht des Sekretärs und Ehrenmitgliedes der Gesellschaft über „die wissenschaftlichen Abendversammlungen" folgen Abhandlungen und Kritiken von zum Theil großem wissenschaftlichem Werthe. Außer vorgenanntem Bericht (1) enthält das Werk acht Kapitel: 2) Grundzüge der deutschen Mundart, welche inmitten der serbischen Bevölkerung und Sprache in der Nieder-Lausitz und in den nördlichen Theilen der Ober-Lausitz gesprochen wird. Von Bronisch, Pastor. 3) Die Jesuiten in Königgrätz. Von Dr. Johann Nep. Eiselt. 4) Markgraf Gero und die Lausitz. Vom Prof. Dr. O. v. Heinemann. 5) Der Verein für wissenschaftliche Unterhaltung in Zittau in den Jahren 1857—1861. Von Prof. Kämmel in Zittau. 6) Berlin und die pluralen Berline. Vom Pastor Bronisch. 7) Die Leopoldinische Universität. Eine literarische Kritik des Dr. Wilh. Böhmer. 8) Königsbrück in seinem Verhältnisse zu Dresdens Elbbrücke. Von Albert Schiffner. 9) Ueber die Quellen zur Lebensgeschichte Dante's. Von Dr. Th. Paur.

Ganz besonders gründlich und Zeugniß von ernster Forscherliebe ablegend sind die Abhandlungen von Bronisch und Paur („Grundzüge der deutschen Mundart" rc. und „Ueber die Quellen zur Lebensgeschichte Dante's"). Bei der Paur'schen Arbeit bedauerten wir lebhaft, daß nur die erste Hälfte des neuen Lausitzischen Magazins bis jetzt ausgegeben ist, welche zwar die gediegene Abhandlung vollständig, von den angezeigten zweihundertdreizehn Anmerkungen aber nur die ersten achtundzwanzig enthält. —

Unsere Provinz und das benachbarte Schlesien haben so viele Berührungspunkte und gemeinsame Interessen, daß es uns freuen würde in späteren Heften des Magazins von kompetenten Federn vielleicht auch Thematen abgehandelt zu finden, für die unsere Provinz den Stoff gab. Und wahrlich reichlich ist er hier vorhanden. Wir sind nach dem bis jetzt Gebotenen mit Recht auf die zweite Hälfte des „Magazins" gespannt und geben dem stets wacker fortgeführten Unternehmen unsere beste Empfehlung als Geleitbrief mit auf den Weg.

Dr. Heinrich Mahler.

Piloty's Malerschule in München.

Unser Berliner ☾ Korrespondent schrieb in Nr. 212 d. Z., wie lebhaft man es in Berlin bedauere, den berühmten Maler Piloty aus München und seine Schule auf der Kunstausstellung nicht vertreten zu sehen. Wir lasen in einer belletristischen Zeitschrift über die Piloty'sche Schule und zwei aus derselben so eben hervorgegangene neue Werke Folgendes:

„Die ungewöhnliche Rührigkeit der Schule Karl Piloty's in München verdient des Publikums ganze Aufmerksamkeit. Sie läßt die Kunstfreunde kaum zu Athem kommen, und fast immer tritt wieder ein bisher unbekannter Name hervor, um sich in seiner Art geltend zu machen. Es muß selbst für den, der mit den Bestrebungen dieser Schule aus Grundsätzen nicht einverstanden ist, erfreulich sein, wahrzunehmen, wie Piloty es versteht, aus jedem Steine, der ihm in die Hand fällt, Funken zu schlagen. Zu verlangen, daß es überall leuchtende Blitze sein sollen, wäre wohl unbillig. Genug, Piloty's Lehrtalent ist ein ganz außerordentliches. Auch Minderbegabte, die unter der Leitung eines Anderen wahrscheinlich früher oder später an sich verzweifelt wären, erfreuen sich nach wenigen Monaten, welche sie bei ihm gearbeitet, eines gewissen Erfolges. Mit einem Worte, dasjenige, was man in der Kunst überhaupt lernen kann, eignen sich seine Schüler in unglaublich kurzer Zeit an. — Aus der Zahl derselben sind so eben wieder zwei mit Produktionen hervorgetreten: Teschendorf und Liegenmaier. Ersterer scheint sich die Behandlung der Geschichte Luthers ganz besonders angelegen sein zu lassen. Früher zeigte er uns das Begegnen seines Helden und des Landesknechtshauptmanns Georg von Frundsberg in Worms. Diesmal führt er uns in die „Krankenstube Melanchthons", wo Luther, im Gebete vor dem Herrn liegend, von ihm das Leben seines Freundes erbittet. Das Bild zerfällt seiner ganzen Konstruktion nach in zwei von einander ziemlich unabhängige Theile, die der Künstler räumlich und durch verschiedene Beleuchtung getrennt hat. Der erste zeigt uns Luther in leidenschaftlichem Gebet am Fenster, durch welches das helle Tageslicht einfällt, auf den Knien liegend, in Wort wie in That mehr fordernd als flehend. Der zweite Theil giebt Melanchthon auf dem Krankenbett, von Freunden umgeben, von der Lampe beleuchtet. Dadurch, daß diese Figuren in ziemliche Entfernung gerückt sind, gewinnt Luther bedeutend an Gewicht, aber nur auf Kosten Melanchthons, so daß sie dadurch fast den Charakter des Zufälligen annehmen, um so mehr, als wir uns den Reformator wohl aus hundert anderen Gründen ebenso inbrünstig zu Gott betend denken mögen. — Liegenmaier, ein bisher in der Kunst unbekannter Name, entnahm seinen sehr brauchbaren Stoff der Geschichte Ungarns. Maria I. von Ungarn, nach dem Tode ihres Vaters von Karl Durazzo zur Abdankung gezwungen, mußte auf sein Geheiß sammt ihrer Mutter der Krönung im Dome zu Stuhlweißenburg beiwohnen (1385) und flüchtete sich hierbei aus dem Prunke der Feierlichkeit in eine Nebenkapelle das Grab ihres Vaters. Wir sehen beide Frauen am Denkmale des Vaters und Gatten. Maria, in Schmerz und Thränen aufgelöst, ist an den Stufen zusammengesunken und repräsentirt recht wohl die Schwäche, welche dem Drängen Durazzo's nicht zu widerstehen mochte. Ihre Mutter Elisabeth aber steht trockenen Auges und ungebeugten Geistes da, ein Weib von männlichem Geist und fast männlicher Erscheinung. Ihr ganzes Wesen spricht Haß aus, Haß gegen den Kronenräuber, den wir im Hintergrunde eben vor dem Altar die Krone empfangen sehen. Die Gruppe der Frauen ist trefflich aufgebaut, würde aber harmonischer, wenn gleich weniger drastisch wirken, wenn der Künstler nicht dem Schwarz ihrer Gewänder als herrschende Farbe das Weiß entgegengesetzt hätte."

Kleinere Mittheilungen.

* **Photographien von Gemälden der Pinakothek.** Die Kunstanstalt von Piloty und Loehle in München bringt die ersten Lieferungen eines großartigen Werkes, welches, sei es als Fortsetzung der bisherigen Pinakothekblätter, sei es für sich bestehend, eine Anzahl der berühmtesten Gemälde sowohl der alten, als der neuen Pinakothek in Photographien, nach den Originalen von Josef Albert aufgenommen, enthalten wird. Die erste Sammlung dieses Werkes wird aus 50 derartigen Blättern bestehen, und zwar aus 25 der alten und 25 der neuen Pinakothek. Daß die Herausgeber aber in der Auswahl das Richtige zu treffen vermögen, dafür bürgen die bis jetzt vorliegenden Blätter; es sind aus der neuen Pinakothek „die Grablegung Christi" von Josef Anton Fischer, „Jobs im Examen" von Hasenclever, „der Einzug König Otto's in Nauplia" von Peter Heß, das „Porträt König Ludwigs" von Kaulbach, „die heilige Familie" von Overbeck, „Scene vor Wallensteins Leiche" von Piloty, „Judith" von Riedel, „die Sündfluth" von Schorn und „die Testaments-Eröffnung" von Wilkie, sowie ferner aus der alten Pinakothek Rubens keines jüngstes Gericht und Raffaels liebliche Madonna del Tempi.

* **Ausstellung von Monumenten.** In Wien sind gegenwärtig die von Hans Gasser modellirten und in Erz ausgeführten Figuren des Maria Theresiamonuments, welches im Park der Militärakademie zu Wienerisch Neustadt seinen Platz haben soll, öffentlich ausgestellt. Es sind die kolossale Figur der Kaiserin, die Stiftungsurkunde in der Hand haltend, und vier allegorische Eckfiguren. Das Modell zur kolossalen Reiterstatue des Prinzen Eugen von Savoyen soll im Spätherbst dieses Jahres vollendet werden. Im kaiserlichen Erzgießhause steht eine lebensgroße Büste Beethovens, welche auf dem bekannten Beethovenwege zwischen Heiligenstadt und Hiezing aufgestellt werden soll, und eine Büste des ehemaligen Finanzministers von Bruck, welche von dessen Familie bestellt ist.

(Beilage.)

liche, aber dringende Pflicht, die Angriffe des Abg. Twesten gegen die Fortschrittspartei und gegen die Majorität der Kommission energisch zurückzuweisen. Keiner der Partei, mit Ausnahme des Herrn Twesten, sei den früher aufgestellten Grundsätzen untreu geworden. Die Partei habe niemals die Verdoppelung des Cadressystems, die Erhöhung des Präsenzstandes anerkannt, wie das Herr Twesten behauptete. Nicht eher eine Indemnität, als bis die Regierung das Gesetz vorgelegt hat. Unsere verfassungsmäßigen Zustände seien schon erschüttert und ein Fortdauern dieser Zustände würde einen schlimmern Zustand herbeiführen, als das heutige Nachgeben. Das Land werde sehr wohl den Kommissionsantrag verstehen. Die Rechte und politischen Grundlagen, auf welchen der Bericht beruht, seien bis jetzt noch nicht erschüttert. In Preußen sei der Begriff: „Kriegsbereitschaft" als ein vom Friedenszustand verschiedener thatsächlich festgestellt. Der Kriegsminister hätte also auf den Zustand von 1859 zurückgehen müssen, er konnte nicht die Landwehroffiziere eliminiren, neue Landwehrbataillone schaffen u. s. w. Es stehe fest, daß der Reorganisationsplan, wie er 1860 und 61 aufgestellt, nicht dauernd genehmigt worden sei. Wer dies leugne, mache sich die Sache leicht; er frage nur, ob durch den jetzigen Zustand das Recht des Einzelnen verletzt worden sei; es sei aber nicht richtig, denn man müsse das Recht des Ganzen berücksichtigen, auch den Schutz durch die Kriegsmacht. Bräche jetzt ein Krieg aus, so wäre der Kriegsminister gezwungen, Jahrgänge einzuberufen und der Linie einzuverleiben, denn Noth kennt kein Gebot; damit aber sei das Gesetz von 1814 aufgehoben. Die gegenwärtige Organisation sei mit dem Gesetze nicht vereinbar, auch nicht die gegenwärtige Eliminirung der Landwehr, welche das Gesetz von 1860 bestimmt ausgesprochen hat. Wenn der Kriegsminister 243 Bataillone aufstellt, sei es nicht mehr möglich, daneben eine vollständige Landwehrarmee, also zusammen 700,000 Mann aufzustellen. Die Regierung habe nicht das Recht, eine dauernde Vermehrung vorzunehmen ohne Zustimmung der Landesvertretung; diese Zustimmung sei bis jetzt noch nicht erfolgt, Recht und Verfassung seien also verletzt. Es müsse jetzt festgestellt werden, ob das Recht des Gesetzgebens eine Wahrheit ist. Redner geht auf die finanzielle Seite der Frage ein. Es handle sich bei der Organisation um ein Kriegsheer von mehr als 700,000 Mann und um eine Marine, welche mit 42 Millionen gebaut werden soll. Schon bei der Forderung von 9 Millionen sei ein Schmerzensschrei erhoben worden; gegen den jetzt sich erhebenden verstumme derselbe.

Finanzminister: Wenn die Kammer auf ihrem Beschluß bestehe, werde die Regierung nicht die Krone fragen, was sie zu thun habe, sondern mit sich selbst zu Rathe gehen, was ihre Pflicht sei. — Der Kriegsminister weist einige vom Abg. Twesten erhobene Zweifel über Formation der Bataillone zurück. Er werde schon für die Art und Weise, das Heer bei ausbrechendem Kriege in Kriegszustand zu versetzen, sorgen; das erwidere er dem Abgeordneten für Mohrungen. Es sei hier übrigens nicht der Ort, vor den Ohren ganz Europa's die Details der Dispositionen mitzutheilen, privatim wolle er das gern thun; habe die Regierung gesetzlich das Recht, 116 Bataillone ins Feld zu schicken, so sei es ein Recht der Exekutive, zu bestimmen, ob diese Bataillone in die Linie eingereiht werden. Ein gesetzlicher Zwang liege ferner nicht dazu da, daß das Bataillon grade 1002 Mann haben müsse. Der Minister ist auch der Meinung, daß die Reorganisation ein und dasselbe sei mit der 1860 eingetretenen Kriegsbereitschaft; aber letztere sei ein integrirender Theil der Reorganisation. Die Kriegsbereitschaft sei kein juristischer Begriff; es gebe nur die Mobilmachung und den Frieden. Die Kriegsbereitschaft sei erfunden worden, um dem Lande die Lasten einer Mobilmachung zu erleichtern. Daß die neue Formation der Armee eine erhöhte Streitbarkeit bedingt, könne nicht bestritten werden; die gegenwärtige Armee ist kriegsbereiter als die frühere; wer dies leugnet, mit dem könne man nicht streiten, ehe er nicht tiefer in die Verhältnisse hineinsieht. Dasselbe sei der Fall mit der Landwehr, und das werde sich zeigen, wenn die Regierung in der Lage sein wird, das Gesetz wegen anderweitiger Regulirung der Dienstpflicht vorzulegen. Das Recht des Ganzen werde durch die Reorganisation keineswegs verletzt. Durch die Vermehrung der Wehrpflicht mußte sich unter Festhaltung der früheren Formation auch die Kopfzahl vermehren; auf einen Schlag sollen aber die 700,000 Mann nicht auf die Beine gestellt werden. nicht alle Aufgebote gerufen werden; grade durch die Reorganisation kann man dies vermeiden in Folge des ausgedehnten Reservesystems und des Heranziehens der Landwehr zur Linie. Die gegenwärtige Formation giebt die Möglichkeit einer gleichmäßigen Vertheilung der Kriegslast. Wie die Frage gegenwärtig im Hause liegt, so steht es fest, daß die Regierung nicht anders konnte, als die Armee in dem Zustand erhalten, wie es bewilligt war, ohne das Budget abzuwarten; dafür kann sich die Regierung auf die Praxis der vorhergegangenen 12 Jahre beziehen. Er wolle nicht in Abrede stellen, daß die Forderung für das Militärbudget hoch ist, aber höher sei sie nicht, als zu der Zeit, wo das Land arm war. Die Frage spitzt sich dahin: wollen wir in der bisherigen politischen Rolle bleiben oder nicht. Wir können wohlfeiler wirthschaften, aber das Gewicht, das Preußen in die Wagschale legen soll, verliere die Entscheidung. Die allgemeine Volksbewaffnung wird gewiß Preußen groß machen, die Armee ist aber eine große Volksschule, eine Schule auch, wo viele Kinder aus dem Volke lesen und schreiben lernen, eine Schule, die überhaupt nicht schlecht ist, auch in Bezug auf die moralische Entwicklung. Herrn Twesten erwidere er, daß es in der Natur der Militärverwaltung liegt, in einzelnen Fällen erst die nachträgliche Genehmigung der Landesvertretung nachsuchen zu müssen. Das ist bisher manchmal monirt worden, gestrichen nie, und es wird so viel wie möglich vermieden. Die Militärverwaltung beansprucht aber keineswegs, eine unbeschränkte Anzahl von Offizieren anzustellen. Die Etats sind weiter und in überraschender Weise spezialirt worden, weil die Militärverwaltung die Einsicht in ihre Arbeiten nicht zu scheuen hat. Bis 1851 wurde der Militär- und Marineetat in 7 Titeln zusammengefaßt, und das möge man nicht vergessen: die sogenannte Theorie von dem Kriegsheere hat die Regierung nicht aufgestellt, und wenn der Herr Abgeordnete sich durch die Personen oder durch die Blätter hat beunruhigen lassen, so thue ihm das leid.

Zwei Anträge auf Schluß der Diskussion sind eingegangen. Der Präsident erklärt sich dahin, daß, wenn der Schluß angenommen wird, Hr. Reichensperger (Geldern) noch wird seinen Antrag vertheidigen müssen; entweder jetzt, oder bei Gelegenheit der Spezialdebatte über die Einnahme. Der Schlußantrag wird unterstützt; es sind noch 20 Redner für, 23 gegen den Kommissionsantrag eingetragen. — Der Abg. Plaßmann bringt einen Vermittelungsantrag ein, der verlesen und als ein solcher angenommen wird, welcher den Eintritt in die Spezialdiskussion nicht abschneidet. Der Antrag wird ausreichend unterstützt von der katholischen Fraktion und dem Grafen Schwerin. Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Referent Freiherr v. Vaerst nimmt das Wort und fügt in kurzgedrängter Uebersicht noch einige Worte zur Vertheidigung der Kommission hinzu. Er verweist, was Opferwilligkeit betrifft, auf die Jahre 1860 und 1861, da habe das Haus hinreichend seinen guten Willen an den Tag gelegt. Das Haus werde jetzt nicht bloß auf den Etat pro 1863 hingewiesen, denn der liege vor, es fehle ihm aber Gesetz und Beilage, sondern weiter hinaus. Die Finanzfrage werde mit festem Blick durch eine dunkle Brille angesehen, und des freue sich die Kommission, denn so werde endlich ein dauernder Zustand herbeigeführt werden. Die Majorität des Hauses ist dahin gedrängt worden, den Rechtszustand zu wahren, die Regierung wolle ihrerseits auf ihrer Ansicht beharren. Allerseits spreche man von Pflichterfüllung — jeder werde sein Votum abgeben und jetzt sei die Position gefaßt. Alle haben ein Ziel — die Wohlfahrt, die Größe, die Freiheit des Vaterlandes zu erwerben und zu erhalten. Dafür setzten sie ihr Ich ein, wenn es Noth thut; heute müsse man daran festhalten, die ganze Sache in eine gesetzliche Regelung zu führen. Referent geht nochmals auf die Frage der Legalität ein. Es könne doch ein Krieg vor 1864 ausbrechen und dann würde man doch die Ersatzbataillone aus der Landwehr verstärken müssen. Auch exerciere ein Theil der Landwehr-Kavallerie nicht mehr; könne sie denn ohne Gesetz beseitigt werden? Auf alle Mahnungen könne er nur versichern, daß Alles erwogen sei. Nicht leidenschaftliche Männer, sondern ernste Männer geben hier ihr Votum ab. Man werde die Schatten der kommenden Ereignisse tragen, und demnach werde das Licht hervorbrechen. — Der Finanzminister: Wenn Referent behauptet, die Regierung habe auch heute die Hand zurückgewiesen, so antworte er, er habe weder die dargebotene gesehen, noch dieselbe zurückgewiesen.

Zur Specialdiskussion übergehend, erhält das Wort Abg. Reichensperger (Geldern): Er habe nicht für möglich gehalten, daß die Regierung sich weigern werde, ein Indemnitätsgesuch zu stellen. Redner erläutert seinen Antrag, der allerdings auf die Nothwendigkeit eines Friedensschlusses und die Geneigtheit, sich die Hand zu reichen, basirt sei. Der frühere Stand der Kriegsbereitschaft soll in den Friedenszustand übergehen. Die Regierung berufe sich auf die Stimmung des Landes; aber wir, die Abgeordneten, sind doch die nächsten Zeugen, und dieses Haus ist der Ueberzeugung, daß die wesentliche Grundlage — die Frage der 3jährigen Dienstzeit — nicht den Beifall des Landes habe. Hierin seien alle Parteien einig bis auf Hrn. v. Gottberg. Es handle sich für die Regierung aber nicht um die Reorganisation, sondern um das Geld. Uebrigens sei die jetzige Staatsregierung für den gegenwärtigen Zustand nicht so verantwortlich, wie die vorige, welcher leider das Nein nicht so geläufig gewesen sei, wie das Ja. Der Herr Kriegsminister habe gefragt, ob man die Armee denn habe in dem Provisorium lassen wollen. Nun, wir haben zwei Jahre lang zugesehen, und auch in der Justiz müsse man sich mit Diätarien behelfen. Die Opposition von 15 Stimmen sei durch die Wahlen verzehnfacht worden, und die Regierung thue, als wäre nichts vorgefallen, aber noch mehr, sie nehme das Extraordinarium in das Ordinarium auf. Die Opposition habe sich durch die Provokation der Regierung fortreißen lassen. Die Kommission habe die Organisation gar nicht berücksichtigt, weder faktisch, noch rechtlich. Sie habe wohl formell das Recht, zu streichen, aber sie habe es geübt wie Shylock, indem sie vergaß, daß sie es mit einem organischen Körper zu thun habe. Das Streichen ist einfach und populär; aber Jedermann weiß, daß praktisch dadurch nichts zu erreichen sei. Man sagt, dadurch werde die Regierung genöthigt, Vorlagen zu machen; aber sei es denn um Vorlagen zu thun? Von anderer Seite sind andere Alternativen gestellt, welche aber alle auf der Anschauung beruhten, daß das Abgeordnetenhaus die entscheidende Gewalt im Lande habe. Man wolle dem Hause eine Omnipotenz sichern. Ueberall in Europa sei das Repräsentativsystem eingeführt worden, weil man gesehen, daß es nicht gut sei, wenn eine unbeschränkte Gewalt bestehe; aber wie von gewisser Seite her verfahren werde, steuere man auf die Republik mit monarchischer Form los, ein in Preußen unmögliches Ding. Man könne durch die Verweigerung des Geldes sein verfassungsmäßiges Recht allerdings zur Geltung bringen, dann trete man aber dem Mißbrauch seiner Macht nahe. Am 15. Januar und am 15. Mai habe man das Recht gehabt, der Verausgabung zu widersprechen und mit Erfolg; davon habe man keinen Gebrauch gemacht und damit sich des Rechtes begeben, heute Einspruch zu erheben. Es müsse ein Unterschied gemacht werden zwischen Ordinarium und Extraordinarium, ohne daß davon die Verfassungsurkunde zu sprechen brauche. Die Fortsetzung einer einmaligen Bewilligung sei nur denkbar unter der Voraussetzung der nachträglichen Genehmigung der Landesvertretung; der Widerspruch auch nur eines Faktors zerstöre diese Fortsetzung der Bewilligung; daran müsse man festhalten. Unzulässig sei es, die Freiloosung mit der dreijährigen Dienstzeit zu kumuliren, denn in dem Maaße, in dem man die Wehrpflicht verallgemeinere, müsse man die Dienstzeit verkürzen. Sein Antrag habe keine Aussicht auf Annahme, die dagegen vorgebrachten Bedenken seien aber nicht zutreffend. Die Militärverwaltung müsse sich bewußt bleiben, und dasselbe Bewußtsein müsse sich in der Armee selbst Bahn brechen, daß zahlreiche Wünsche auf anderen Gebieten der Verwaltung noch zu erfüllen sind. Im Hause aber dürfe man das Gefühl der Antipathie gegen die Armee gar nicht aufkommen lassen, man müsse darauf bedacht sein, die wirklichen Interessen der Armee zu wahren, und dann werde die Vaterlandsliebe und das Geschick der Regierung auch über die jetzige Krisis hinweghelfen. Daß dies geschehe, das wolle Gott!

Der Finanzminister wiederholt die bereits abgegebene Erklärung, daß die Regierung geneigt sei, für die Zukunft die gerügten Uebelstände zu beseitigen, und bittet das Haus nochmals, die im guten Glauben verausgabten Summen pro 1862 zu bewilligen, hinzufügend, daß sich ja das Haus damit die Freiheit seiner Entschlüsse in Betreff des Etats pro 1863 vollkommen wahre.

Es sind Anträge auf Schluß gestellt und auf namentliche Abstimmung über den ersten Kommissionsantrag; der Antrag auf Schluß wird unterstützt aber abgelehnt und es erhält das Wort der Abg. v. Kirchmann, welcher das Verhalten der Kommission gegen die Bemerkungen des Abg. Reichensperger vertheidigt. Sodann möchte er das Ministerium fragen, wie es sich zu dem Etat pro 1863 zu verhalten gedenke. In Bezug auf denjenigen von 1862 erkläre sie erstens, daß sie in gutem Glauben gehandelt habe, und zweitens, daß, was einmal geschehen, auch abgemacht sei. Vielleicht wolle die Regierung den Etat pro 1863 ganz zurückziehen. Zur Sache übergehend kommt Redner auf alle in der Generaldiskussion vielfach erörterten Fragen zurück und entwickelt manchen neuen Gesichtspunkt, der bei der steigenden Unruhe des sichtbar ermüdeten Hauses im Zusammenhange unverständlich bleibt. — Der Präsident sieht sich aber veranlaßt, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Generaldiskussion zu zeitig beendet worden sei; für die Folge bitte er die Redner, sich daran zu erinnern, daß das Haus in der Spezialdiskussion sich befinde.

Erneute Anträge auf Schluß werden angenommen. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. v. Gottberg erklärt sich der Referent, Freiherr v. Vaerst, gegen die Reichensperger'sche Resolution, welche das Schicksal aller in der Kommission gestellten Resolutionen haben werde, d. h. sie werde fallen. — Bei der Abstimmung wird diese Resolution mit allen gegen etwa 15 Stimmen verworfen. Der Kommissionsantrag Einnahme (20,854 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf.) an Pensionsbeiträgen für Gehälter in Veranlassung der Reorganisation in den Etat der Kriegsbereitschaft zu verweisen und daselbst abzusetzen, demnächst die Einnahme der Militärverwaltung pro 1862 auf 393,263 Thlr. 1 Sgr. 9 Pf. festzustellen, wird vom Präsidenten in folgende vier Fragen zerlegt: 1) Sollen die von der Regierung angesetzten Einnahmen auf Höhe von 414,117 Thlr. 8 Sgr. 10 Pf. bewilligt werden? Diese Frage wird verneint. 2) Sollen die Einnahmen auf Höhe von 393,263 Thlr. 1 Sgr. 5 Pf. bewilligt werden? Diese Frage wird einstimmig bejaht. 3) Sollen die obigen 20,854 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. in das Extraordinarium verwiesen werden? Auch diese Frage wird einstimmig bejaht. 4) Sollen diese 20,854 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. im Extraordinarium gestrichen werden oder nicht? Ueber diese Frage findet namentliche Abstimmung statt, deren Resultat ist, daß von 341 Abgeordneten 273 sich für, 68 sich gegen die Streichung aussprechen. Die Abgeordneten, welche gegen die Streichung sich erklären, sind die Herren: Ambronn, v. Arnim (Neustettin), v. Auerswald, Baier, Bank, v. Benda, Graf Bethusy-Huc, v. Bonin (Jerichow), v. Bonin (Stolp), Borsche, v. Busse, v. Denzin, Fliegel, Fubel, Funke, v. Gottberg, Grabow, Haeger, Hoffmann (Oppeln), Jacob, Jordan, Karsten, v. Kathen, Kleinwächter, Krause, Kühne, v. Langendorff, Lette, Leue (Salzwedel), Lympius, v. Mallinckrodt, v. Massow, Menzel, Model, Nemitz, v. Niebelschütz, Graf Oppersdorf, Ottow, Frhr. v. Patow, v. Pfuhl, Pieper, Plaßmann, beide Reichensperger, Graf Renard, beide Freiherrn v. Richthofen, Robert, Tornow, v. Rönne (Glogau), Roepell (Breslau), v. Rosenberg-Lipinsky, v. Saenger, v. Saucken (Julienfelde), Scheffer-Boichorst, Schubert, Schulz (Recklinghausen), Graf Schwerin, Frhr. v. Seherr-Thoß, Simson, Stavenhagen, Graf Strachwitz, Stubenrauch, v. Sybel, Twesten, Freiherr v. Unruhe-Bomst, Frhr. v. Vincke (Stargard), v. Vincke (Strehlen), Dr. Zehrt. — Um 3 Uhr 20 Minuten wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr. Fortsetzung der Spezialdiskussion.

Militärzeitung.

Oestreich. [Aenderung in der Armeeausrüstung; Demolirung und Verstärkung von Festungen.] Zu den neuen Tornistern, welche bei einem großen Theil der östreichischen Infanterie bereits eingeführt und ausgegeben worden sind, ist nunmehr als eine weitere Aenderung in der Ausrüstung dieser Waffe auch noch ein neuer Tschako getreten, welcher bei der gesammten Linien- und leichten Infanterie, den Sanitätstruppen, der technischen Artillerie, dem Fuhrwesen und Polizeiwachtkorps getragen werden soll. Es scheint übrigens keineswegs, als ob diese Ausrüstungsänderungen in irgend welcher Beziehung glückliche gewesen wären, die Klagen und der Spott über dieselben sind wenigstens nach den östreichischen Mittheilungen allgemein. Was den neuen Tornister betrifft, so ist derselbe zwar von geringerem Umfang als der frühere, dagegen aber auch von geringerer Fassungskraft, wodurch, da die darüber eingesetzt gewesene Kommission sich auch nicht über den Wegfall eines einzigen der üblichen Ausrüstungsstücke habe einigen können, nun der heitere Zustand eingetreten ist, dasselbe Gepäck wie früher einfach in einen für dasselbe nicht zureichenden kleinen Behälter zu packen. Um dem abzuhelfen ist man denn darauf verfallen die zahllosen Putz- und Reinigungsbürsten, Büchsen ꝛc. in einem kleineren Format herzustellen als bisher, wobei einige dieser Gegenstände aber freilich so klein und unpraktisch ausgefallen sind, daß sie zu dem für sie bestimmten Zweck überhaupt nicht mehr gebraucht werden können. Aehnlich sind denn auch die neuen Tschako's nicht etwa leichter oder bequemer, sondern nur niedriger als die bisher getragenen ausgefallen. Als das Beste, was mit allen diesen Aenderungsversuchen geleistet worden ist, werden die bei der Artillerie bereits eingeführten und auch für die Kavallerie in Aussicht stehenden Packsättel bezeichnet. Dieselben bestehen aus einem hölzernen Sattelgestell mit zwei daran befestigten ledernen Packtaschen und einer ledernen Satteldecke. Die Wände der Taschen sind dabei so stark, daß will der Mann sein Brot mit darin unterbringen, er dies nur thun kann, indem er dasselbe mehrfach durchschneidet und dann hüben und drüben vertheilt, zwischen Hufeisen, Fettlappen und Bürsten mit unterschiebt. Dabei ist das Ganze von Juchten, so daß schon der davon mitgetheilte Geruch das Aufbewahren von Lebensmitteln, wozu die Taschen doch mitbestimmt sind, geradezu unmöglich macht. Ein alter General gab in wenigen Worten die beste Kritik dieser monströsen Verbesserung, indem er bei Betrachtung derselben ausrief: „Noa, da hat man wieder einmal ein Etui um 20 Gulden gemacht, daß man Sachen um 50 Kreuzer so verpacken kann, daß der Mann eher alles andere thut, als sie in das kostbare Gehäuse da hineinsteckt." — Auch in Oestreich ist man jetzt an das Demoliren der Festungen herangegangen. Linz, das seiner Zeit wegen der eigenartigen Befestigung mit Maximiliansthürmen ein so großes Aufsehen erregte, ist als Festung aufgegeben worden, und die Thürme werden einer nach dem anderen zum Abbruch verkauft. Ebenso ist der Spielberg bei Brünn aufgegeben worden und wird eifrig an Abtragung der Werke desselben gearbeitet. Auch bei der Festung Königingrätz hatte man mit den Demolirungsarbeiten bereits begonnen, ist jedoch davon wieder abgestanden. Olmütz und Komorn werden dagegen in ihren ohnehin schon umfangreichen Befestigungen unausgesetzt noch mehr verstärkt. Auch Mantua, Verona, Pola und Venedig erfreuen sich der gleichen Fürsorge. Es scheint nicht anders, als ob man alle Kräfte des Kaiserreichs in diesen wenigen Plätzen konzentriren wollte. Namentlich zur schleunigen Herstellung der fast überall nicht ausreichenden Artillerieausrüstung werden jetzt alle Kräfte aufgeboten.

Nordamerika. [Gegenwärtiger Stand der Kriegsflotte.] Das soeben erschienene Flottenregister für das Jahr 1862 weist den enormen Zuwachs nach, welchen die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten durch den Krieg erhalten hat. Vor einem Jahre bestand die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten, Alles in Allem, aus 88 Fahrzeugen, wovon 30 Dampfer. Jetzt zählt sie 286 Fahrzeuge, sämmtlich Dampfer, mit Ausnahme einiger alten Fregatten und Korvetten. Vor einem Jahre betrug die Bemannung der Flotte 8000 Mann, jetzt 23,000 Mann. Neu gebaut wurden von den 198 Fahrzeugen, um welche die Flotte sich vermehrt hat, 80, und zwar 32 hölzerne Kanonenboote, 12 Raddampfer, 2 Dampffregatten, 7 Panzerkanonenboote, 9 Widder-, 16 Panzerschiffe. Alle diese, mit Ausnahme der Panzerschiffe und der Dampffregatten, sind bereits vollständig fertig und im Dienst. Die Mehrzahl der neuen Fahrzeuge, nicht weniger als 118, sind freilich nur sehr nothdürftig kriegstüchtig gemachte ehemalige Handelsschiffe. Speciell besteht die amerikanische Kriegsflotte gegenwärtig aus 6 Segel-Linienschiffe (1861: 10), 5 Segelfregatten (1861: 10), 16 Segelkorvetten (1861: 20), 1 Segelbrigg (1861: 3), 9 Schraubenfregatten (1861: 7), 6 Dampfkorvetten 1. Klasse (unverändert), 14 Raddampfer 1. Klasse (1861: 4), 17 Dampfer 2. Klasse (1861: 8), 27 Schraubendampfer 3. Klasse (1861: 5), 4 Raddampfer 3. Klasse (unverändert), 3 Vorrathsschiffe (unverändert), 7 stationäre Vorrathsschiffe (1861: 6), 2 Aviso's (unverändert). Ganz neu hinzugetreten endlich sind 2 Panzerfregatten, 23 Panzerkanonenboote, 8 Widderschiffe und 136 gekaufte Schiffe = 286 Fahrzeuge. —p.

Revue polnischer Blätter.

„Baczność" (Aufgepaßt). Nr. 2.)

Paris bei Martinez 1862. 16. 59 S.

(Fortsetzung aus Nr. 216.)

2. Der Aufstand in der Stadt. Gruppen von Menschen, die mit den Quartieren und täglichen Gewohnheiten der höheren Offiziere und Polizeibeamten genau bekannt sind, brechen gleichzeitig von mehreren Punkten des Stadtbezirks nach einem Sammelplatze los, überfallen unterwegs plötzlich die Wohnungen derselben und führen sie als Geißeln mit sich. Im Falle ihrer Abwesenheit werden ihre Frauen und Kinder mitgenommen, die mit aller Menschlichkeit und Freundlichkeit zu behandeln sind. Dem Feinde wird aber alsdann angekündigt, daß diese Geißeln ohne Barmherzigkeit der Spitze aller unser Attaquen werden vorangeführt und oben auf unsere Barrikaden gestellt werden. Mit solchen Geißeln hat man sich besonders zu versehen in Städten, wie Warschau, Posen, Krakau, die von Citadellen beherrscht sind. Dies ist die nothwendige Einleitung jedes Ausbruchs, die über den Erfolg aller weiteren Bewegungen der Insurrektion entscheidet. Soll sie gelingen, so muß gleichzeitig ein plötzlicher Ueberfall des feindlichen Hauptquartiers erfolgen. Dieser Ueberfall ist von einer auf Tod und Leben verschworenen Schaar auszuführen, die sich die Belvederianer vom 29. November (1830) zum Vorbilde nimmt. Mit dem Gelingen dieses Angriffs sind, was auch später geschehen mag, ¾ der Schlacht schon vor dem Kampfe gewonnen. Fällt aber die dem Tode geweihte Schaar, so bringt der Schrecken, mit dem ihre Kühnheit das ganze feindliche Heer erfüllt, dem Aufstande selbst schon dadurch nicht geringen Gewinn, daß er das beredteste und unwiderrufliche Signal desselben ist.

Sämmtliche Abtheilungen treffen, nachdem sie ihre Aufträge nach Möglichkeit ausgeführt, aufs Schleunigste auf dem Hauptsammelpunkte zusammen. Dieser Punkt muß vorher vom Anführer des Aufstandes bestimmt sein, und wenn die vorhandenen Streitkräfte es gestatten, ist dort eine Reserve zurückzulassen, zu der alle übrigen Abtheilungen sich sammeln. Der Sammelpunkt kann der Markt, oder ein anderer Platz oder auch eine öffentliche Promenade sein, wenn der Aufstand seiner Ueberlegenheit sicher und die Wachsamkeit des Feindes eingeschläfert ist. Am vortheilhaftesten dürfte es sein, gleich von vornherein zum Sammelpunkte für die Aufständischen denselben Platz zu wählen, auf welchen die feindlichen Truppen sich bei Allarm zu sammeln pflegen, denn von dort aus können wir nacheinander mit unserer ganzen Macht die einzeln heranrückenden feindlichen Kompagnieen angreifen. Die vorherige sichere Kenntniß des Sammelpunktes der feindlichen Armee ist uns daher durchaus nothwendig.

Die Stärke des Aufstandes beruht in der Waffe, deren Anblick dem erschreckten Feinde imponirt. Wird diese nur zusammengebracht und zum Angriff gehörig enthusiasmirt, so liegt wenig daran, womit die hinteren Haufen bewaffnet sind, sobald nur die vorderen mit irgend einer Schießwaffe versehen werden könnten. Für die hinteren Haufen, die ohnehin durch die vorderen am Schießen gehindert sind, genügen Wagenrungen, Heu- und Mistgabeln, Picken, Sensen, Aexte, Spaten, Bratspieße, selbst Ziegeln und Steine, um in die gesprengten feindlichen Reihen Tod und Schrecken zu tragen. Selbst zum Angriff des Feindes in Gebäuden und zur gänzlichen Sprengung seiner Ueberreste ist eine solche elementarische Waffe, wenn sie nur massenhaft vorhanden ist, weit geeigneter als die Schießwaffe, deren Gebrauch Uebung und Geschick erfordert. Wovor aber die Verschworenen sich hüten müssen, sind alle chemisch-pyrotechnischen Erfindungen, die, wie die Erfahrung lehrt, vor dem Ausbruch den Feind am sichersten auf die Spur unserer Vorbereitungen leiten und im Kampfe den Aufständischen selbst am gefährlichsten sind.

Nehmen wir an, was das Gewöhnliche ist, daß die Aufständischen sich zur Offensive nicht stark genug fühlen. In diesem Falle müssen ihre zerstreuten Haufen sich zum Sammelplatze eine der ersten Beobachtung des Feindes entzogenen Vorstadt mit engen und krummen Gassen wählen, die von einer dichten, aber sehr armen und darum rührigen und um Leben und Ruhe weniger besorgten Bevölkerung bewohnt ist. Aber dieser Stadttheil muß massive Häuser haben oder wenigstens mit einem großen Gebäude, z. B. einer massiven Kirche oder einem Rathhause versehen ist.

Alle Ausgänge dieses Stadttheils, von den dem Feinde zunächst gelegenen an, werden sofort mit umgestürzten Wagen, Droschken, oder anderen schweren Geräthschaften, wie sie gerade zur Hand sind, verbarrikadirt. Diese Barrikaden werden, wenn es die Zeit erlaubt, auf der dem Feinde zugewendeten Seite mit Matratzen und gut befeuchteten Federbetten bedeckt. Zur Vertheidigung dieses Aufstandsherdes müssen wir alle längeren Schießwaffen zurücklassen und die zu offensiven Evolutionen bestimmte mobile Aufstandskolonne mit Hiebwaffen und Pistolen versehen.

Der Feind, sobald er von der Verbarrikadirung eines Stadttheils Kenntniß erhalten hat, wird ohne Zweifel sofort seine ganze Aufmerksamkeit und alle seine Kräfte auf denselben richten, und darüber die nöthige Wachsamkeit in den eigenen Besatzungen vergessen. Nachdem wir daher seinen ersten Angriff von unserm Herde zurückgeschlagen oder auch nur einigermaßen ausgehalten haben, werden wir ihm dadurch, daß wir ihn von den Seiten und im Rücken mit den ersten besten Haufen, besonders durch nächtliche Angriffe, beunruhigen, großen Schrecken einflößen und seine Reihen dermaßen verwirren, daß ihm von diesem Augenblicke an seine numerische und taktische Ueberlegenheit nicht mehr viel nützen wird. Er wird nur darauf bedacht sein, seine bedrohten Stellungen so schnell als möglich wiederzugewinnen. Aber dann

wird der Geist der Rache auch die furchtsamsten Stadttheile ergreifen. Jeder Einwohner wird vor Begierde brennen mit leichter Mühe Sieger zu sein, so daß der Feind auf seinem ungeordneten Rückzuge durch die Straßen bei jedem Schritt auf einen Hagel von aus Fenstern und von Dächern geworfenen Geschossen, auf umgestürzte Droschken, phantastisch sich bewegende zahllose Haufen, über die ganze Stadt ausgedehnte Hinterhalte und Schreckgestalten stößt. Der Rückzug des Feindes wird um so hastiger und ungeordneter sein, je befestigter der Zufluchtsort ist, nach dem er eilt. Ist dieser Zufluchtsort eine Citadelle, so wird der Feind ohne Zweifel gleich beim Beginn des Kampfes seine Blicke nach derselben richten und nach dem ersten Stolpern die ganze Stadt den Aufständischen überlassen, um nur recht schnell und in Sicherheit die Niederlage durch ein Bombardement auszuwetzen.

Das ist der entscheidende Augenblick für das Gelingen des Aufstandes. Wenn wir diesen Augenblick nur recht wahrnehmen und den zerstreuten Flüchtlingen hartnäckig auf den Fersen bleiben, so kann es nicht fehlen, daß wir mit ihnen zugleich in ihren Zufluchtsort eindringen. Hier bedarf es nur einer auserlesenen Schar, die in der allgemeinen Verwirrung fest zusammenhält, um für die übrigen Aufständischen das Herz des feindlichen Forts unverhofft zu beherrschen. Dazu ist unumgänglich nöthig, daß unsere Vorderschaar zweierlei weiß: 1) wo das Hauptpulvermagazin, 2) wo der Kommandant ist. Während unser übriger Haufe auf der Hauptwache des Einganges, durch welchen er in das Thor eindrang, sich festsetzt, um möglichst viele Aufständische zugleich mit dem flüchtigen Feinde in dasselbe einzulassen, eilt eine Abtheilung der Vorderschaar direkt zum Pulverhause, eine andere zu dem Kommandanten und giebt Letzterem die kategorische Erklärung ab, daß sie Alle in die Luft sprengen werde, wenn die Besatzung nicht sofort ihren Widerstand aufgebe.

Wo es dem Feinde an einem befestigten Zufluchtsorte fehlt, wird er ohne Zweifel den Straßenkampf länger und tapferer fortsetzen; ist er aber einmal durchbrochen oder durch den Kampf ermüdet, so wird er von seinen Trümmern wenig retten. In diesem Falle wird er das außerhalb der Stadt gelegene Fort durch Gebäude zu ersetzen suchen, die mit Artillerie umgeben und durch eine auserlesene Reserve vertheidigt werden. Doch ist der Zutritt zu solchem Quartier im Rücken und von den Seiten leicht für Haufen, die von wahrer Vaterlandsliebe beseelt sind und die örtliche Topographie besser kennen, als der Feind. Die Eroberung des Quartiers Igelström's beim Aufstande von 1794 ist für Warschau ein denkwürdiges Beispiel.

Wenn, was jedoch nicht wahrscheinlich ist, der Feind bei den ersten Anzeichen des Aufruhrs in der Stadt, diese anfängt zu verlassen, um ohne Verlust an Zeit und Menschen in der die Stadt beherrschenden Festung eine Zuflucht zu suchen und den Aufstand durch bloßes Bombardement zu bändigen: dann dürfen auch wir uns in der Stadt nicht festsetzen, sondern müssen dem Feinde alle aus der Stadt nach seinem befestigten Zufluchtsorte führenden Ausgänge versperren. Dies ist ohne schweren Kampf leicht dadurch zu bewirken, daß der Durchgang durch umgestürzte Wagen versperrt und die ihn bildenden Häuser besetzt werden. Auch genügt es, den Zug des Feindes so lange aufzuhalten, bis die übrigen Abtheilungen herbeigeeilt sind, um ihn im Innern der Stadt im Rücken und von den Seiten anzugreifen. Dadurch wird der Feind gezwungen, sich gegen die aufständischen Haufen zu wenden und den Straßenkampf unter den für ihn ungünstigsten Bedingungen anzunehmen: ohne Basis, Rückzug, Zweck. Während des Kampfes bleibt der Feind inmitten des städtischen Aufstandes gleichsam eine Geißel gegen das Feuer der Citadelle, die nur die eignen Reihen bombardiren würde. Entschlüpft er endlich unsern Netzen und eilt der Citadelle zu, so muß er dermaßen gejagt und gedrängt werden, daß wir, wie bei der ersten Annahme, mit den Flüchtigen zugleich in ihren Schlupfwinkel gelangen.

Es kann jedoch geschehen, daß nach Bestehung eines hartnäckigen Kampfes in der Stadt, der Feind alle auf seinem Wege zur Festung ihm gelegten Hindernisse niederwirft, sich ohne großen Verlust in die Festung zurückzieht und mit Opferung der in unseren Händen gebliebenen Geißeln aus Rache die Stadt zu bombardiren beginnt. In diesem Falle wüssen wir es machen, wie die Sage von den Palmyrianern berichtet: wir müssen die ganze Stadt dem Vaterlande als Brandopfer darbringen und auf ihren Trümmern ruhig abwarten, bis uns bewaffnete Haufen aus der Umgegend zu Hülfe kommen. Zu dieser Ausdauer muß uns die Ueberzeugung ermuntern, daß der Feind, der unsern Aufstand nicht genau vorhersehen konnte, seine Festung sicher nicht hinreichend verproviantirt habe. Nach einigen Tagen der Belagerung durch den städtischen Aufstand und Haufen aus der Umgegend wird er daher, wenn er sieht, daß der Vandalismus ihn nicht vor Hunger schützt, sich zur Kapitulation gezwungen sehen. Rückt für den belagerten Feind Ersatz heran, von dem er übrigens nicht wissen kann und darf, so ist ihm die Kapitulation zu bewilligen, selbst wenn er mit seiner ganzen Feldrüstung entlassen werden müßte; nur darf er keinen unserer Gefangenen mitnehmen. Ist aber der Ersatz noch fern und durch unsere aufständischen Haufen abgeschnitten, dann muß der belagerte Feind sich auf Gnade und Ungnade ergeben.

(Fortsetzung folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 17. September. [Schützengilde.] Nach dem gestrigen Bericht des „Dziennik pozn." über die neueste Generalversammlung der hiesigen Schützengilde ist der Schützen-Aelteste Hänisch durch die Versammlung einstimmig aus diesem Amte entfernt worden. Diese Mittheilung bedarf der Aufklärung, da, soviel uns bekannt, kein Grund zu einem solchen Schritte vorlag. — Der Tischlermeister Feist droht mit der Klage wegen Veröffentlichung des Inserats, worin angedeutet wurde, daß er des Deutschen nicht mächtig sei und deshalb auf polnische Korrespondenz mit dem Magistrat bestanden habe. Hoffentlich wird diesem Herrn in der letzten Generalversammlung Genüge geschehen sein, in welcher nach Entfernung der deutschen Mitglieder nur in polnischer Sprache verhandelt wurde.

— [Gutsverkauf.] Im vorigen Herbst gingen die Güter Rudniczysko, mehrere Jahre hindurch im Besitz eines Hrn. Seeber, an einen polnischen Besitzer (Zakrzewski) über, Aniolki in die Hände der Familie Bachanowicz, die Güter Mijowice und Rojow in Folge eines Familien-Uebereinkommens an die Gebrüder Wężyk. Die Kaczkowski'schen Güter Godzięti sind zur Hälfte an einen jüdischen Besitzer gelangt.

— [Hausverkauf.] Das an der Wasserstraße Nr. 8 und 9 belegene, dem Maurermeister Schlarbaum zu Gnesen gehörige Grundstück hat der Kleiderhändler Goślinski für 21,000 Thlr. erworben.

— [Versicherungszwang.] In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung soll, wie wir vernehmen von dem Stadtver. Annuß ein dringlicher Antrag, betreffend die Aufhebung des Feuerversicherungszwanges, eingebracht werden, dahin gehend, daß der Herr Oberpräsident ersucht werden möge, dem im Herbste zusammentretenden Provinzial-Landtage das neue Regulativ vorzulegen.

R **Posen**, 17. September. [Schwurgerichtssitzung vom 16. September.] 1) Peter Nadowny diente im vorigen Jahre als Hausknecht bei dem Kaufmann Möller hierselbst, kleine Gerberstraße Nr. 11. — Am 10. Dezember v. J. sah die in demselben Hause dienende unverehelichte Rüdiger, daß Nadowny sich in dem früher verschlossenen Bodenraum des Kaufmanns Wollheim befand und den Deckel eines dort stehenden, von ihm geöffneten, mit alten Kleidungsstücken gefüllten Kastens in der Hand hatte. — Nadowny suchte das Zeugniß der Rüdiger anzufechten, behauptete, daß das Schloß am Wollheim'schen Boden offen gewesen, daß er dies bemerkt, den Bodenraum selbst aber nicht betreten, also auch den, übrigens nicht verschlossen gewesenen Kasten nicht geöffnet habe. Gestohlen war nichts. Allerdings konnte durch die Aussage der vernommenen Zeugen nicht festgestellt werden, daß der Wollheim'sche Bodenraum verschlossen gewesen, überhaupt aber, daß solcher durch Nadowny geöffnet worden und daß dieser die Absicht gehabt, einen Diebstahl zu begehen. Nach kurzer Berathung sprachen die Geschworenen das Nichtschuldig aus und Nadowny wurde demgemäß freigesprochen.

2) Der Kaufmann Leib Sulke sandte seine Gespanne mit beladenen Frachtwagen am 9. März d. J. von Wreschen oder Strzałkowo nach Posen. Auf einem der Wagen befand sich eine mit Schweineborsten gefüllte, gut verschlossene Tonne. Als die Wagen am 9. März c. in Schwersenz ankamen, bemerkten die Leute des Sulke, daß die Reifen der Tonne durchgeschnitten waren, daß der eine Boden fehlte und daß aus der Tonne ca. 160 Pfund Schweineborsten entwendet sein mußten. Der Verdacht des Diebstahls, welcher sich als ein schwerer charakterisirt, fiel auf die bereits wegen Diebstahls bestraften Tagelöhner Ludwig Michalski und Thomas Leciejewski zu Schwersenz, weil diese, am Tage nach dem Diebstahl, zwei Säcke, gefüllt mit Schweineborsten, einem Handelsmann oder vielmehr der Ehefrau desselben zum Kauf angeboten hatten. Letzter suchte, angeblich im Auftrage der Angeklagten, die Schweineborsten weiter zu veräußern und dadurch kam es zur Entdeckung der Thäter, welche in der Wohnung der Handelsleute — der eigentlichen Hehler — angetroffen wurden. Die Angeschuldigten halten sich für Nichtschuldig; sie behaupten, daß sie sich nur aus Zufall in der Wohnung der Hehler befunden. Als Hauptbelastungszeugen stehen den Angeklagten die Handelsmann Snopek'schen Eheleute gegenüber; es sind dies dieselben, welche im Besitz der gestohlenen Borsten sich befunden; welche solche zum Weiterverkauf ausgeboten haben und welche behaupten, daß die Borsten ihnen von den Angeklagten zugebracht worden seien.

Die Snopek'schen Eheleute, deren Aeußeres von der Natur wenig begünstigt ist, machen, wie wohl zu sehen war, auf den Gerichtshof, die Geschworenen und das Publikum einen sehr ungünstigen Eindruck, welcher durch das Auftreten derselben bei der Hörung nicht gemildert wurde. Wenngleich nun die Angeklagten durch anscheinend völlig glaubwürdige Zeugen nachgewiesen hatten, daß die Snopek'schen Eheleute bezüglich wesentlicher Belastungsmomente nicht die Wahrheit gesagt; wenngleich die Hauptbelastungszeugen unbedingt Diebeshehler nach eigenem Zugeständnisse sind, so gewannen die Geschworenen, ungeachtet die Angeklagten von dem Herrn Justizrath Engelhardt und dem Herrn Referendar Thiel glänzend und anscheinend mit Erfolg vertheidigt wurden, doch die Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten und sprachen das Schuldig aus. Der Gerichtshof verurtheilte den Ludwig Michalski wegen vierten Diebstahls zu 5 Jahre Zuchthaus, den Thomas Leciejewski zu 2 Jahre Zuchthaus.

— [Der Humor früherer Jahrhunderte.] Wenn in neuester Zeit durch die hier erscheinenden Pokraka und Ćma, so wie durch die Warschauer Wolne żarty die Thorheiten der Zeit gegeißelt werden, so weist die polnische Kulturgeschichte des 16. Jahrhunderts ein eigenthümliches Institut auf, durch welches gleichfalls in höchst origineller Weise die Thorheiten der Zeitgenossen gegeißelt wurden, das Institut der babinischen Republik. Im Jahre 1560 wurde dieselbe von einem gewissen Pszonka, Besitzer des Gutes Babin in der Nähe von Lublin, einem gebildeten und heiteren, witzigen Manne, gestiftet. Zum Mitglied dieser Republik wurde Jeder im Königreiche ernannt und bekam auch ein Patent darüber zugeschickt, der sich durch irgend eine Lächerlichkeit vor der Oeffentlichkeit blamirte. Hatte ein Abgeordneter (nuntius terrestris) auf dem Reichstage eine schlechte Rede gehalten, so erhielt er das Diplom als Redner der babinischen Republik; wer ein Geheimniß ausplauderte, wurde Geheimrath; wer vom Pferde fiel, wurde Rittmeister; wer prozeßsüchtig war, wurde Friedensrichter; wer Konfusion in eine Versammlung brachte, wie das auf dem weiland polnischen Reichstage nicht selten war, wurde Präsident der Republik Babin; wer als Beamter Kassengelder unterschlug, wurde Schatzmeister; wer viel trank, wurde Ober-Kellermeister, und wer als Wüstling bekannt war, bekam einen Posten bei der Sittenpolizei der Republik Babin. Diese babinische Republik, die durch ihren Spott und Sarkasmus einen großen Einfluß auf die damaligen Zeitgenossen übte, bestand bis 1677. Eine ähnliche Gesellschaft war das Régiment de la Calotte, welches sich in Frankreich im Anfange des 18. Jahrhunderts bildete. Wie man sieht, fehlte es den früheren Jahrhunderten durchaus nicht an Witz und Humor. Freilich streift dieser urkräftige Humor, wie es auch die Shakespeare'schen Lustspiele zeigen, nach unsern heutigen, etwas prüden Begriffen, oft an das Obscöne.

— [Die Wollmärkte Preußens.] Auf den gesammten Wollmärkten des preußischen Staates (Berlin, Breslau, Koblenz, Königsberg, Landsberg a. W., Magdeburg, Mühlhausen, Paderborn, Posen, Stettin, Stralsund, Düsseldorf, Elbing, Bromberg) wurden während des diesjährigen Wollmarktes verkauft 241,659 Ctr. Wolle, davon 5953 extrafeine, 63,472 feine, 128,193 mittel, 44,041 ordinäre; nach Prozentsatz 2,5 Proz. extrafeine, 26,2 Proz. feine, 53,0 Proz. mittel, 18,2 Proz. ordinäre. Auf unserem Markte wurden verkauft 392 Ctr. extrafeine, 10,304 Ctr. feine, 9959 Ctr. mittel, 204 Ctr. ordinäre, zusammen 20,939 Ctr.; nach Prozentsatz 1,9 Proz. extrafeine, 49,7 Proz. feine, 47,5 Proz. mittel, 0,9 Proz. ordinäre. Wie wir aus der Vergleichung der Prozentsätze ersehen, produzirt unsere Provinz sehr wenig extrafeine und ordinäre Wolle, sondern hauptsächlich feine, und in zweiter Linie Mittel-Wolle. Die meiste extrafeine Wolle wurde auf dem Breslauer Wollmarkte verkauft: 3000 Ctr., am meisten feine auf dem Berliner: 19,000 Ctr., am meisten Mittelwolle edenfalls auf dem Berliner: 61,810 Ctr., und ordinäre gleichfalls auf dem Berliner: 30,000 Ctr. Die größte Masse Wolle wurde verkauft auf dem Berliner Wollmarkte: 110,810 Ctr.; auf dem Breslauer 59,000 Ctr., auf unserm Wollmarkte 20,939 Ctr., auf dem Stettiner 17,811 Ctr., auf dem Landsberger 14,000 Ctr. Bei uns waren die Wollpreise: extrafeine 80—82 Thlr., feine 78—80 Thlr., mittlere 72—75 Thlr., ordinäre 52—55 Thlr. Den höchsten Preis erreichte die extrafeine Wolle auf dem Breslauer Wollmarkte: 98—106 Thlr. Den niedrigsten auf dem Koblenzer: 55¾ Thlr. Feine Wolle hatte den höchsten Preis auf dem Breslauer Wollmarkte: 88—95 Thlr., den niedrigsten auf dem Koblenzer: 46⅓ Thlr. Mittelwolle hatte den höchsten Preis auf dem Breslauer Markte: 72—85 Thlr., den niedrigsten auf dem Koblenzer: 39⅔ Thlr. Ordinäre Wolle hatte den höchsten Preis auf dem Königsberger Wollmarkte 62—68 Thlr., den niedrigsten auf dem Stralsunder: 30—36 Thlr. Höchst auffallend ist es, daß ordinäre Wolle auf dem Königsberger Markte einen höhern Preis gehabt hat: 62—68 Thlr., als extrafeine auf dem Koblenzer: 55¾ Thlr.

< **Lissa**, 16. Sept. [Einbruch; Schwurgerichtliches.] Am letzten Freitage wurde Abends zwischen 9 und 10 Uhr in dem verschlossenen Geschäftslokal des hiesigen Buchhändlers und Lotterieeinnehmers Hausen ein Einbruch ausgeführt und aus dem gleichfalls verschlossen gewesenen Schreibpulte die Summe von ca. 30 Thalern in verschiedenen Münzsorten entwendet. Als Thäter ist nunmehr, nachdem die darüber angestellten polizeilichen Nachforschungen erfolglos geblieben, der etwa 14jährigen Lehrling eines hiesigen Schlossermeisters entdeckt. Die Entdeckung geschah auf so eigenthümliche Weise, daß sie eben dieser ihrer Eigenthümlichkeit wegen auf ein allgemeineres Interesse Anspruch macht und darum mitgetheilt zu werden verdient. Der Bursche hatte zu verschiedenen Malen für seinen Lehrherrn die Lotterieloose abgeholt und bei der Gelegenheit sich wohl gemerkt, wohin der ꝛc. Hausen die eingezahlten Gelder lege. Da bis zum Freitage die Loose zur 3. Ziehung eingelöst sein mußten, so spekulirte der jugendliche Dieb auf eine reichliche Beute und traf demgemäß seine Dispositionen. H. begeht jedoch die Vorsicht, jederzeit Abends die Kasse in seine, eine Treppe höher gelegene Wohnung mit hinaufzunehmen. Da er die Absicht hatte vor 10 Uhr nochmals sich in das Geschäftslokal zu begeben, so ließ er die eisenbeschlagene Doppelthüre auf dem Hausflur offen und auch die sogenannte kleine Kasse blieb noch bis dahin unter Verschluß im Laden zurück. Der Dieb hatte sich also sehr in der Erwartung getäuscht, große Summen vorzufinden. Er raffte indessen was da lag zusammen und nahm auch einen dabei liegenden dicken Brief mit, von dem er voraussetzte, daß er die größeren Beträge in Kassenscheinen verpackt enthalten werde. H. gewahrte noch vor 10 Uhr den Einbruch und machte die nöthigen polizeilichen Anzeigen darüber. Inzwischen ward aber unser Dieb inne, daß er sich in Betreff des mitgenommenen Briefes getäuscht habe, und glaubte denselben am sichersten dadurch zu vernichten, daß er ihn am Montag morgen durch eine kleine Thüröffnung von seiner Kammer aus in den russischen Schornstein prakticirte. Zum Unglück aber fiel der schwere Brief unversehrt durch den Schornstein in den Kamin und zwar in die eben von der Frau Meisterin beigesetzte Milch. Dieselbe erschrak nicht wenig, als der Brief durch die Feueresse geflogen kam und wußte sich in keiner Weise das Abenteuerliche dieser Art von Briefbestellung zu erklären. Sie hatte endlich den Muth die Adresse des Briefes zu lesen und diese lautete: „an den Buchhändler und Lotterie-Einnehmer J. L. Hansen in Lissa." Sie theilte sofort ihrer ehelichen Hälfte das Vorkommniß mit und dieser, der von dem bei H. vorgekommenen Diebstahle Kenntniß hatte überhändigte den Brief dem Adressaten, von dem er auch erfuhr, daß Brief und Geld zusammen im Pulte gelegen. Bei weiterer Nachsuchung fand man auch den größern Theil des entwendeten Geldes in der Bodenkammer des Burschen verborgen, der demnächst auch der That geständig ist. Für das Fehlende, etwa 5—6 Thlr., hatte er sich Tages zuvor mit mehreren anderen Burschen, und wie es heißt, auch mit mehreren Militärs der hiesigen Garnison gütlich gethan. Der Thäter ist bereits der Kriminal-Justiz übergeben. — Die am 9. d. hierselbst unter Vorsitz des Appellationsgerichts-Raths Schottki aus Posen begonnenen Schwurgerichtssitzungen für die Kreise Kosten, Kröben und Fraustadt waren diesmal nur von viertägiger Dauer. Die zur Verhandlung gekommenen Vorlagen betrafen im Allgemeinen Diebstähle; nur die am Freitage verhandelte Vorlage gegen den Tagelöhner Ignatz Juskowiak wegen Körperverletzung, in deren Folge der Tod herbeigeführt worden, gewährte ein specielleres Interesse durch die entgegenstehenden sachverständigen Urtheile der Obduktionskommission einerseits, so wie andererseits des königl. Regierungs-Medicinalkollegiums in Posen und der wissenschaftlichen Deputation des k. Ministeriums in Berlin.

δ **Aus dem Pleschener Kreise**, 13. Sept. [Verbotener Fußsteig.] Die Gemeinde Boguszyn Hauland hatte bisher einen Fußsteig nach der Stadt X . . . ., der schon seit undenklicher Zeit existirte und insofern einen gemeinnützigen Zweck erfüllte, als er den Fahrweg bedeutend abkürzte, bei nasser Zeit auch dem Fußgänger einen bequemen Uebergang gewährte. Es war dies also ein sehr beliebter Kirchsteig. Vor einigen Monaten ist nun von dem Besitzer der von dem Fußsteige durchschnittenen Forst, eine Verbotstafel mit der Aufschrift: „droga zakazana" aufgestellt worden und so ist plötzlich der Fußsteig aufgehoben. Diejenigen Bewohner des Haulandes, welche von ihrem Kirchsteige nicht lassen, trotzdem es nun ein verbotener ist, müssen ihren Eigensinn theuer büßen. Ein bedeutender Theil ihrer Kleidungsstücke ist ihnen bereits abgepfändet worden und täglich werden neue Pfändungen vorgenommen. Dabei ist namentlich das zarte Geschlecht sehr übel daran, denn während das minder zarte sich bereits so in Respekt gesetzt hat, daß es nicht so leicht attaqirt wird, muß jenes Halstücher, Schürzen und sogar wohl auch Hauben zum Pfande opfern. Hoffen wir, daß der armen Gemeinde ein kräftiger Schutz seitens der Polizeibehörde recht bald zu Theil wird.

(Eingesandt.)

[Erkärung.] Unter der Lokalkorrespondenz in Nr. 215 der „Posener Zeitung" ist folgende isolirte Mittheilung enthalten:

„Der hiesige (polnische) Verein zur Unterstützung von Landwirtschafts-Beamten zeigt im „Dziennik poznański" an, daß er den „Ziemianin" zu seinem Organ erwählt habe."

Die Intention, in welcher obige Mittheilung publicirt wurde, ist dem Direktorium des vorstehend genannten Vereins nicht bekannt; um daher Mißverständnissen vorzubeugen, wird in Beziehung auf gedachte Bekanntmachung des „Dziennik" für die Leser deutscher Zeitungen hiermit bemerkt:

Die Verwalter der Vereinsangelegenheiten beabsichtigen möglichste Vermeidung vieler Schreibereien; die vorkommenden gleichlautenden Kundgebungen der Centralstelle jedoch an die Vorstände der Filialvereine, würden die Bureauarbeiten sehr vermehren, da der Verein im Besitz einer Vervielfältigungsmaschine sich nicht befindet. Nun kommt die Redaktion des „Ziemianin" dem Direktorio durch das uneigennützige Anerbieten freundlich entgegen, indem sie alle derartige Korrespondenzen und Anzeigen des Vereins unentgeltlich in ihr Blatt aufzunehmen sich erboten. Die Annahme und Benutzung dieses Anerbietens seitens des Direktorums ist daher eine finanzielle Maaßregel zum Vortheil aller Vereinsmitglieder, sowohl der polnischen wie der deutschen.

Die Vorstände der Filialvereine, die alle polnisch verstehen und die bis jetzt leider noch wenig deutsches Ingredienz enthalten, mußten also im „Dziennik" auf dieses Arrangement hingewiesen werden, damit sie von nun an dem lediglich landwirthschaftlichen Interessen gewidmeten „Ziemianin" ihre Aufmerksamkeit zuwenden, wenn für den Verein der beabsichtigte gute Zweck erreicht werden soll. Ein Vortheil für das Blatt selbst war aber mit dieser Maaßregel nicht beabsichtigt; denn eine Verfügung des Direktoriums vom 8. c. gestattet ausdrücklich nicht das halten des „Ziemianin" für Rechnung des Vereins, und insofern ist die Bezeichnung desselben als „Organ des Vereins" nicht ganz korrekt. Sollten mit der Zeit — wie vorauszusehen — in die Vorstände der Filialvereine Personen eintreten, denen die polnische Sprache nicht geläufig ist, alsdann wird das Direktorium sich beeilen, auch eine deutsche Zeitschrift für ihre amtliche Geschäftskorrespondenz zu erwählen und zu benutzen. Vielleicht würde dazu das Amtsblatt am geeignetsten erscheinen, obgleich die Insertionskosten-Freiheit bei demselben nicht zu erlangen sein dürfte. Jetzt schon diesem Blatte jene Korrespondenzen zwischen den Organen der Gesellschaft einzuverleiben, wäre ein Buchstabenpleonasmus, dessen unnütze Kosten das Direktorium nicht verantworten könnte.

Die einzelnen Vereinsmitglieder und die, welche es werden wollen, überhaupt Alle, die sich für den Verein interessiren, verlieren durch den mittelst des „Ziemianin" erleichterten Geschäftsverkehr unter den Organen des Vereins durchaus nichts, denn jede die Gesellschaft im Ganzen betreffende Angelegenheit wird stets in den deutschen und polnischen Zeitungen der Provinz publicirt, wie es das Statut vorschreibt; auch wird auf Beobachtung des §. 19 des Statuts streng gehalten.

Posen, den 16. September 1862.

Das Vereins-Direktorium.

Telegramm.

Berlin, 17. September. In der heutigen Budgetdebatte im Abgeordnetenhause zog der Abgeordnete Stavenhagen sein bekanntes Amendement zurück. v. Vincke nahm dasselbe wieder auf, weil das Haus vielleicht in Folge dieses Zwischenfalles darauf eingehen könne. Bei der nächsten Position erklärte der Kriegsminister, die Regierung könnte unter gewissen Voraussetzungen auf das Amendement Stavenhagen eingehen, für jetzt behalte sich die Regierung ihre Erklärung vor. — Großes Aufsehen. — Der Abg. Bockum-Dolffs beantragt Vertagung auf morgen, welche angenommen wurde. Die Budgetkommission tritt sofort in Berathung, der Finanzminister und der Kriegsminister versprachen, der Kommissionssitzung beizuwohnen.

Angekommene Fremde.

Vom 16. September.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer Livius aus Wąsowo, Meißner aus Kiekrz, Hoffmeyer aus Złotnik, Hoffmeyer aus Dorf Schwersenz und Klemke aus Podolin, Kaufmann Dietrich aus Samter und Gutsbesitzer Klug nebst Frau aus Nabowiec.

HOTEL ZUR KRONE Die Kaufleute Borchard, Szamatulski und Levin aus Pinne, Rothe aus Meseritz, Oppenheim aus Groß-Münche, Neustadt und Jungmann aus Rawicz.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Chemiker Dr. Hiller aus Paris, die Kaufleute Hiller aus Trebnitz, Landeck aus Wongrowiec, Kastel aus Bromberg, Fuchs aus Witkowo, Machol aus Czempin und Pinner aus Birnbaum.

EICHENER BORN Die Kaufleute Hirschfeld aus Margonin, Löben und Klotz aus Konin.

DREI LILIEN. Kollegien-Assessor Solms aus Mlawa und Schäferei-Direktor Below aus Neustadt in Westpreußen.

PRIVAT-LOGIS. Assessor des Civil-Tribunals v. Brzeziński aus Warschau, am Dome Nr. 16.

Vom 17. September.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Schirach aus Magdeburg, Müller aus Ludwigsburg, Bollweg aus Celle, Radziejewski aus Rawicz, Schneider aus Breslau und Dahlmann aus Berlin.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbes. Frauen Gräfin Tyszkiewicz aus Lubonia, v. Gruszecka und v. Turkos, Gesellschafterin Fräul. Juget und Professor Dr. Stojakowski aus Warschau.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Gutsbesitzer v. Unrug aus Polen, Oberamtmann Anker aus Schlesien, Rittergutsbesitzer v. Liebenow aus Dresden, Oekonom Weinholz aus Wietenhagen, die Kaufleute Brüninghaus aus Celle und Harder aus Hamburg.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer Baron v. Schimmelmann und v. Mellenthin aus Düsseldorf, Bauinspektor Bölke aus Potsdam, Doktor Schaarschmidt aus Glatz, Landwirth Schwinge aus Saarlouis, die Kaufleute Krah aus Liebenwa d, Mühling aus Hamburg und Lohmeyer aus Königsberg.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Se. Exzellenz Generallieutenant a. D. v. Stranz, Gerichts-Assessor v. Pusch und die Kaufleute Schwart, Winkelmann und Nuß aus Berlin, v. Zobel aus Mühlhausen, Bruns aus Halberstadt, Wittecke aus Nordhausen, Müller aus Braunschweig, Lung aus Ludwigsburg, Lampe aus Leipzig und Rüdiger aus Merseburg und Gutsbesitzer Sperling aus Kikowo.

BAZAR. Direktor Szostakowski und Professor Dr. Krzesiński aus Trzemeszno, Partikulier Rocholewski aus Rogalin, Frau Gutsbesitzer v. Zbiejewska aus Polen, die Gutsbesitzer v. Dąbrowski aus Winnagóra, v. Stablewski aus Zalesie, v. Dziembowski aus Kłudzin, Szołdrzyński aus Lubasz, v. Kisielnicki, v. Duczymiński und v. Mielęcki aus Polen, v. Jaraczewski aus Jaworowo, v. Koszutski aus Magnuszewice und v. Mielęcki aus Sciborze.

HOTEL DE PARIS. Die Akademiker Piątkowski aus Proskau und Libelt aus Czeszewo, Probst Żołądkiewicz aus Czerniejewo, Rendant Weichmann aus Neustadt a. W. und Gutsbesitzer v. Czapski aus Chwalencin.

HOTEL DE BERLIN. Apotheker Matthies nebst Frau aus Ryczywół, Frau Rentier Grünwald aus Dresden, Frau Baumeister Laue aus Obornik, die Kaufleute Müller und Bauer aus Glogau, Feuerversicherungs-Inspektor Puls aus Berlin und Gutsbesitzer v. Niesiołowski aus Biechowo.

EICHBORN'S HOTEL. Händler Haase nebst Frau aus Stralsund, die Kaufleute Schene aus Lobsens und Alexander aus Pleschen.

EICHENER BORN. Frau Gastwirth Leier aus Lähn, die Kaufleute Grün aus Konin, Jarecki und Joachimkiewicz aus Zagorowo.

PRIVAT-LOGIS. Fräulein v. Brüxen aus Herrnstadt, Sandstraße 8.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Familien-Nachrichten.

Heute 6 Uhr Morgens entschlief in Gott der Geheime Justizrath **Carl Ernst Gottfried Lehmann** in seinem 82. Lebensjahre, was hiermit allen Freunden und Bekannten des Verstorbenen zur Kenntniß gebracht wird.

Birnbaum, den 16. September 1862.

Die tiefbetrübte Familie.

Todesanzeige.

Sonntag den 14. d. M., Abends ½7 Uhr, entschlief nach langen schweren Leiden zu einem besseren Leben im 50. Lebensjahre unsere theure vielgeliebte Gattin, Mutter und Schwieger-Mutter, **Anna Sophie Engel** geb. **Schmidt**. Dies zeigen allen Freunden und Bekannten in der Ferne, um stille Theilnahme bittend, hierdurch statt jeder besonderen Meldung ergebenst an.

Kosten, den 15. September 1862.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Gustav Engel, königl. Kreisger. Sekretär.
Adolph Engel,
Hedwig Engel verehl. **Patrunky**,
Natalie Engel,
Annatus Engel, } als Kinder
Carl Patrunky, königl. Kreisger. Bureau-Assistent, als Schwiegersohn.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Berlin: Frl. C. Engelhardt mit dem Kaufm. Heinr. Behrendts, Frl. Helene Born mit Hrn. Otto Franz. Alt-Wrietzen bei Wrietzen a. O.: Frl. El. Schüler mit dem Mühlenbesitzer F. Kuhfahl.

Verbindungen. Wollin: Frl. Reinhardt mit Hrn. H. Schlesinger. Berlin: Frl. D. Stein mit Hrn. H. Rosenberg. Hammer bei Czarnikau: Frl. H. v. Bethe mit dem Lieut. Aug. v. Kunowski. Schloß Kotzenau: Frl. Gräfin Valeria zu Dohna mit dem Grafen Wilh. v. Schlieffen. Saarbrücken: Frl. Clara Wernich mit dem Regierungsassessor Karl Kreidel. Kassel: Frl. Anna v. Baumbach mit dem Kammerherrn v. Borck. Gera: Frl. Mathilde v. Harbon mit dem Frhrn. A. v. Hanstein.

Geburten. Ein Sohn dem Rechtsanwalt Wolff, dem Hrn. Leop. Burg, Hrn. F. Louis, Hrn. Otto Lordain, Hrn. A. Zöllner und Hrn. Carl Englich in Berlin, dem Hrn. Baumeister Schmidt in Cochem a. Mosel, dem Prediger Ph. Fuß in Groß-Spiegel. Eine Tochter dem Hrn. v. Arnim-Hohenwalde in Rottenow, Hrn. Albr. v. Barfus-Falkenburg in Hoyerswerda, Hrn. Grafen Strachwitz in Berthelsdorf.

Todesfälle. Rentier L. J. Levenstein in Wattlau, Rentier S. F. Schulze, Hoffourier Zscharnack, eine Tochter des Hrn. R. Eberlein, Frau verw. Geh.-Sekretär Neuendorff, ein Sohn des Tischlermeister J. F. Schönbut und Frau D. Lindemann in Berlin, Kreisgerichts-Sekretär F. Lessing in Alt-Landsberg, Frau verw. Landesdeputirte v. Winckler in Radensdorf bei Drebkau, eine Tochter des Major de l'Olme in Frankfurt a. O. und des Landrath W. Frhrn. v. d. Recke in Belgard, Frau L. v. Borcke in Grabow, ein Sohn des Hrn. v. Ferber in Voigtsdorf, Pastor Wilh. Krämer in Neuendorf bei Brück.

Posener Marktbericht vom 17. Septbr.

	von Thl.	Sgr.	Pf.	bis Thl.	Sgr.	Pf.
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	2	20	—	2	25	—
Mittel-Weizen	2	15	—	2	17	6
Bruch-Weizen	2	7	6	2	10	—
Roggen, schwerere Sorte	1	25	—	1	27	6
Roggen, leichtere Sorte	1	21	3	1	22	6
Große Gerste	—	—	—	1	12	6
Kleine Gerste	—	—	—	—	—	—
Hafer	—	24	—	—	26	—
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen, Schfl. 16 Mtz.	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	11	—	—	13	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	1	25	—	2	5	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z.G.	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, Ct. z. 100 Pfd. Z.G.	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles
16. Sept. 1862 17 Thl. 5 Sgr — 17 Thl. 10 Sgr.
17. = = 17 = — = — 17 = 2½ =

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 16. Septbr. 1862.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Posener 4% alte Pfandbriefe	—	104¾	—
= 3½ =		99¼	—
= 4 = neue =	—	99⅛	—
= Rentenbriefe	—	99½	—
= Provinzial-Bankaktien	99	—	—
= 5% Prov.-Obligat.	—	—	—
= 5 = Kreis-Obligationen	—	102½	—
= 5 = Obra-Mel.-Oblig.	—	102½	—
= 4½ = Kreis-Obligationen	—	98	—
= 4 = Stadt-Oblig. II. Em.	—	98	—
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	91	—
= 4 = Staats-Anleihe	—	99¾	—
= 4½ = Freiw. Anleihe	—	—	—
= 4½ = St.-Anl. excl. 50 u 52	—	—	—
= 5 = Staats-Anleihe	—	108	—
= 3½ = Prämien-Anleihe	—	127¾	—
Schlesische 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpreuß. 3½ = =	—	—	—
Polnische 4 = =	89	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
= = Prior. Akt. Lit. E.	—	—	—
Stargard-Pos. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	88½	—
Ausländ. Banknoten große Ap.	—	—	—
Neueste 5% Russ. Engl. Anleihe	—	—	—
5 % Hypothekenbank-Certifikate	100	—	—

Roggen flau. pr. Sept. 43 Br., Septbr.-Okt. 42 bz. u. Gd., ⅙ Br., Okt.-Nov. 41⅓ Br., Nov. Dezbr. 40⅚ Br., Dezbr.-Januar 40⅚ Br., Frühj. 41 Br.

Spiritus weichend. Mit Faß pr. Sept. 16⅚ bz. u. Br., Okt. 16⅓ Br., ⅛ Gd., Nov. 15½ bz. u. Br., Dezbr. 15½ Br., Jan. 15½ Br., Frühj. 15¾ bz. u. Br.

Börsen-Telegramm.

Berlin, den 17. September 1862.

Roggen, Stimmung ruhiger.
= loko 50.
= September 50⅝.
= Oktober-November 46.

Spiritus, Stimmung niedriger.
= loko 18.
= September 17⅔.
= Oktober-November 16⅔.

Rüböl, Stimmung matt.
= loko 14⅚.
= September 14⅔.
= Oktober-November 14⅓.

Stimmung der Fondsbörse: Eisenbahnaktien beliebt.
Staatsschuldscheine 91¼.
Neue Posener 4% Pfandbriefe 99⅜.
Polnische Banknoten 88⅝.

Koźmin, 15. Sept. [Wochenmarktsbericht.] Wetter: hell und klar. Wind: Süd-Ost. Temperatur: 14° +. Schweinemarkt stark besucht.

Man bezahlte am heutigen Wochenmarkte:
Roggen pr. 84pfd. netto 51 Sgr.
Weizen pr. 85pfd. netto 76 Sgr.
Hafer pr. 48pfd. netto 25 Sgr.
Erbsen pr. Scheffel 51 Sgr.
Gerste pr. Scheffel 36 Sgr.
Stroh das Schock 4 Rt. 13 Sgr.
Heu der Centner 26 Sgr.

Zufuhr ziemlich bedeutend bei schnellem Absatze.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 16. Sept. Vrm. 8 Uhr Fuß 1 Zoll.
= = 17. = = = = — = 1 =

Produkten-Börse.

Berlin, 16. Septbr. Wind: O. Barometer: 28⁴. Thermometer: früh 9° +. Witterung: schön.

Weizen loko 65 a 79 Rt.

Roggen loko 49½ a 51¼ Rt., Septbr. 50¾ a 50⅝ bz., Sept.-Okt. 50¾ a 50⅝ Rt. bz., Br. u. Gd., Okt.-Nov. 48½ bz. u. Br., 48¼ Gd., Nov.-Dezbr. 47½ Rt. bz. u. Br., 47¼ Gd., Frühj. 46⅝ a 46¼ Rt. bz.

Große Gerste 36 a 40 Rt.

Hafer loko 22 a 24 Rt., Sept.-Oktbr. 22⅝ Rt. bz., Okt.-Novbr. 23 a 22⅝ Rt. bz., Nov.-Dez. 22⅝ Rt. bz., Frühj. 23 Rt. bz.

Rüböl loko 14⅝ a 14¾ Rt. bz., Sept. 14⅝ a 14 17/24 Rt. bz. u. Gd., 14¾ Br., Sept.-Okt. do., Okt.-Nov. 14⅝ a 14 7/12 Rt. bz. u. Gd., 14⅝ Br., Nov.-Dez. 14 13/24 a 14½ Rt. bz. u. Br., 14 11/24 Gd., Mai 14⅝ Rt. bz.

Spiritus loko ohne Faß 18 a 18¼ Rt. bz., Septbr. 18⅛ a 18 5/24 a 18 Rt. bz., Br. u. Gd., Sept.-Oktbr. do., Oktbr.-Novbr. 16 11/12 a 16⅚ Rt. bz. u. Gd., 16 11/12 Br., Nov.-Dezbr. 16 7/12 a 16½ Rt. bz., Br. u. Gd., Mai 17 a 16⅚ a 16 11/12 Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5 5/12 a 5½, 0. u. 1. 4¾ a 5 1/12 Rt. Roggenmehl 0. 3⅞, 0. u. 1. 4⅛ a 3½ a 3⅞ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 16. September.

Wetter: schön. Temperatur + 16° R., Morgens Nebel. Wind: SO.

Weizen, loko p. 85pfd. gelber Schles. 71—73 bz., gelber Märk. 73½ bz., Pomm. 72—74 bz., weißbunter Posener 71½—71 bz., 83/85pfd. gelb. Sept.-Okt. 73½ bz. u. Gd., Frühj. 72½, ¾, 73 Rt. bz.

Roggen, p. 2000 pfd. loko 49—50½ bz., Sept.-Oktbr. 49¾—½ bz., Okt.-Nov. 47½ Br., Frühj. 45¼, 45, 45½ bz., 45¼ Br., 45 Rt. Gd.

Gerste, loko p. 70pfd. Schles. 41—41½ Rt. bz., Galiz. 34—36 bz., 1 schwimm. Ladg. Schles. 38½ Rt. bz.

Hafer loko p. 50pfd. 24½—¾ Rt. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
66—75	48—51	34—38	24—26	48—52

Rüböl loko 14½ Br., ⅓ bz., Septbr.-Oktbr. 14⅓ bz. u. Gd., Okt.-Nov. 14⅙—¼ bz., Nov.-Dez. 14⅛ bz., April-Mai 14¼ Rt. bz., Br. u. G.

Spiritus loko ohne Faß 17⅔ bz., Septbr. 17 7/24 bz. u. Br., Sept.-Okt. 17 1/12, ⅙ bz., Okt.-Nov. 16¼ Br., ⅙ Gd., Frühjahr 16⅚, ⅚ Rt. bz. u. Br. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 16. Septbr. Ostwind, Wetter schön, früh 9° Wärme.

Weißer schlesischer Weizen p. 85pfd. 75—78—81—84 Sgr., gelber schles. 73—75—77—79 Sgr., weißer galiz. und poln. 73—79—80 Sgr., gelber und bunter 72—74 Sgr.

Roggen p. 84pfd. 52—54—57—59 Sgr.

Gerste p. 70pfd. 39—40½ Sgr.

Hafer p. 50pfd. 22—24 Sgr.

Kocherbsen 50—54 Sgr., Futtererbsen 45—48 Sgr.

Winterraps 220—235—250 Sgr., Winterrübsen 216—228—240 Sgr. Sommerrübsen 192—202—216 Sgr. p. 150 Pfd. Brutto.

Rother alter Kleesamen 8—13¾ Rt., neuer 14—16½, weißer 14—18½ Rt., hochfeiner darüber p. Ctr.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 16¾ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Septbr. 45 bz. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 44¼ bz., Okt.-Nov. 43½ Gd. u. Br., Nov.-Dez. 43 Br., April-Mai 42½ Br.

Hafer, p. Sept. 19½ Gd., April-Mai 21 Br.

Rüböl loko und p. Sept. 14½ Br., Sept.-Oktbr. 14½ Br., 14 5/12 bz., Oktbr.-Nov. 14¼ bz. u. Br., Nov.-Dez. 14¼ bz. u. Br., Dez.-Jan. 14¼ Br., Januar-Febr. 14⅛ Br., April-Mai 13 11/12 Br.

Spiritus loko 16⅔ Gd., p. Septbr. 16⅔ G., Sept.-Okt. 16¾—16⅔ bz. u. Br., Oktbr.-Novbr. 16 bz. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 16—15⅚ bz. (Br. Hdlsbl.)

Magdeburg, 16. Sept. Weizen 67—70 Thlr., Roggen 50—52 Thlr., Gerste 37—40 Thlr., Hafer 24—26 Thlr.

Wollbericht.

Pesth, 13. Septbr. [Schafwolle.] In dieser Woche hatten wir namentlich in Sandeinschuren ein lebhaftes Geschäft. Es wurden ca. 1800 Ztr. verkauft, und zwar ca. 300 Ctr. feine Wollen aus erster Hand, angeblich à 144 bis 45 Fl., über 1000 Ctr. Sandeinschuren um 2 Fl. besser als in der Vorwoche und ca. 350 Ctr. Theiß-Zweischur-Winterwollen zu fast unveränderten Preisen. Käufer der Einschurwollen waren Wiener Wollhändler, die Zweischuren brachte ein Branner Fabrikant an sich.

Hopfen.

Alost, 13. Sept. Hopfen 230—200 Fr. pro 100 Kil.

Poperinghe, 12. Sept. Neuer Hopfen 103 Fr. pr. 50 Kil.

München, 13. Septbr. Bis jetzt kommen nur kleine Probeballen zum Vorschein. Spalter und Holledauer 70—80 Fl. Hersbrucker 65—75 Fl.

Schwetzingen, 11. Sept. In Hopfen hat sich das Geschäft in kaum zu erwartender Weise rasch entwickelt, wozu hauptsächlich die fortgesetzte Ankunft fremder, besonders bayrischer und englischer Käufer Veranlassung bot. Wenn bis gestern noch Partien bis 70 Fl. abgeschlossen wurden, so ist heute schon für gute Waare nicht mehr darum anzukommen, und 80—82 Fl. sind willig bezahlt. Im gleichen Maaße ist das Produkt des Brurheins theilweise von 50 und 55 Fl. auf 65, 70 und 75 Fl. gestiegen und bessere Preise bei fortgesetzter Lebhaftigkeit unausbleiblich. Rottenburg a./N. notirt heute 60 Fl. nebst Trinkgeld, und Frankreich für luftgedörrte Waare 120 Fr. und selbst darüber bei zunehmendem Verkehr.

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 16. September. Weizen loko stille, ab Auswärts unverändert. Roggen loko ruhig, ab Ostsee geschäftslos und unverändert. Oel Oktober 31¾ à ⅞, Mai 30. Kaffee 1/16 höher. 5000 Sack Laguyra, 4000 Sack Domingo und 5000 Rios und Santos umgesetzt.

Liverpool, 16. Sept. Baumwolle: 1000 Ballen Umsatz; Preise schwankend und weichend.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 16. Septbr. 1862.

Preußische Fonds.

	Zf.	Kurs
Freiwillige Anleihe	4½	102½ bz
Staats-Anl. 1859	5	108⅛ bz
do. 50, 52 konv.	4½	100 bz
do. 54, 55, 57, 59	4½	102½ bz [1859r
do. 1856	4½	102½ bz [102¾ bz
do. 1853	4	100⅜ bz
Präm. St. Anl. 1855	3½	128 G
Staats-Schuldsch.	3½	91¼ bz
Kur- u. Neum. Schldv.	3½	90¼ G
Berl. Stadt-Obl.	4½	103¼ G
do. do.	3½	90 G
Berl. Börsenh. Obl.	5	104¾ bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-	3½	93 bz
Märkische	4	102¼ B
Ostpreußische	3½	— —
do.	4	99¾ G
Pommersche	3½	91¼ bz
do. neue	4	101 bz
Posensche	4	104⅝ bz
do.	3½	99¼ G
do. neue	4	99¼ bz
Schlesische	3½	94⅝ G
do. B. garant	3½	— —
Westpreußische	3½	88¾ bz
do.	4	99⅝ bz
do. neue	4	99⅜ G
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	100⅛ B
Pommersche	4	100⅛ bz
Posensche	4	99½ G
Preußische	4	99¾ G
Rhein.-Westf.	4	99⅝ G
Sächsische	4	100⅜ B
Schlesische	4	100⅜ B

Ausländische Fonds.

	Zf.	Kurs
Oestr. Metalliques	5	56¼ B
do. National-Anl.	5	65½ G
do. 250 fl. Präm. Ob.	4	71½ B
do. 100 fl. Kred. Loose	—	69¾ etw bz u G
do. 5prz. Loose (1860)	5	71⅝-¾ bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	88½ bz
6. do.	5	96½ B
Englische Anl.	5	94⅝ G
N. Russ. Egl. Anl	3	59½ B
do.	4½	89 G
do. v. J. 1862	5	92¼ bz u B
Poln. Schatz-O.	4	85 bz
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	94½ G
do. B. 200 Fl.	—	24 G
Pfdbr. n. i. SR.	4	88¾ B
Part. O. 500 Fl.	4	92½ G
Hamb. Pr. 100 BM.	—	98 G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	57½ G
Neue Bad. 35 fl. Loos.	—	31⅜ G
Dessauer Präm. Anl.	3½	107 G
Schwed. Präm. Anl.	—	100 B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

	Zf.	Kurs
Berl. Kassenverein	4	114¾ G
Berl. Handels-Ges.	4	93½ G
Braunschwg. Bank-	4	80½ etw bz
Bremer do.	4	104¾ B
Coburger Kredit-do.	4	78½ G
Danzig. Priv. Bk.	4	103 G
Darmstädter Kred.	4	89¾-90¼-89¾ bz
do. Zettel-Bank	4	100⅛ bz
Dessauer Kredit-B.	4	3 G, 3¼ bz
Dessauer Landesbk.	4	24¼ bz u G
Disk. Komm. Anth.	4	97 bz u G
Genfer Kreditbank	4	42¼ bz
Geraer Bank	4	92¼ G
Gothaer Privat do.	4	84 etw bz
Hannoversche do.	4	99½ B
Königsb. Privatbk.	4	100 B
Leipziger Kreditbk.	4	77½ G
Luxemburger Bank	4	102¼ G
Magdeb. Privatbk.	4	90½ G
Meininger Kreditbk.	4	92 G
Moldau. Land. Bk.	4	26¼ bz
Norddeutsche do.	4	97 G
Oestr. Kredit- do.	5	85-85½ bz u B
Pomm. Ritter- do.	4	94⅝ B
Posener Prov. Bank	4	99 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	121 G
Rostocker Bank	4	116¼ B
Schles. Bankverein	4	98 G
Thüring. Bank	4	59½ etw bz
Vereinsbnk. Hamb.	4	101½ G
Weimar. Bank	4	84 B

Prioritäts-Obligationen.

	Zf.	Kurs
Aachen-Düsseldorf	4	94 B
do. II. Em.	4	92½ bz
do. III. Em.	4½	99¾ B
Aachen-Mastricht	4½	71½ bz
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	4½	101¼ B
do. II. Ser. (1850)	4½	101 bz
do. II. Ser. (1855)	5	101 bz
do. III. S. 3½ (R.S.)	3½	85 bz
do. IV. Ser.	5	— — [4½ 100½ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	94 G
do. II. Em.	5	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	94 B
do. II. Ser.	4½	100 B
Berlin-Anhalt	4	100½ G
do.	4½	101¾ bz
Berlin-Hamburg	4½	100 B
do. II. Em.	4½	99½ B
Berl. Potsd. Mg. A.	4	99 bz
do. Litt. B.	4	99 bz
do. Litt. C.	4½	100½ bz
do. Litt. D.	4½	100½ B
Berlin-Stettin	4½	101 G
do. II. Em.	4	96¾ bz
do. III. Em.	4	96 bz
do. IV. S. v. St. gar.	4½	101¾ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	100 bz
Cöln-Minden	4½	102 G
do. II. Em.	5	103 bz
do.	4	96½ bz
do. III. Em.	4	95 B
do.	4½	101⅜ G
do. IV. Em.	4	94 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	92¾ bz
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Halberst.	4½	102¾ bz
Magdeb. Wittenb.	4½	100⅛ G
Niederschles. Märk.	4	— —
do. conv.	4	98¾ G
do. conv. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser.	4½	101¾ G
Niederschl. Zweigb.	5	100½ G
Nordb., Fried. Wilh.	4½	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	— —
do. Litt. C.	4	— —
do. Litt. D	4	96¾ bz
do. Litt. E.	3½	85⅛ G
do. Litt. F.	4½	101¾ bz
Oestr. Französ. St.	3	272 bz
Oestr. südl. Staatsb.	3	263½ bz
Pr. Wilh. I. Ser.	5	101 bz
do. II. Ser.	5	101 bz
do. III. Ser.	5	101 bz
Rheinische Pr. Obl.	4	93½ G
do. v. Staat garant.	3½	89 B
do. Prior. Obl.	4½	99½ G
Rhein-Nahe v. St. g.	4½	101 G
do. II. Em.	4½	101 G
Ruhrort-Crefeld	4½	99¾ bz
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	99¾ B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	101 G
do. III. Em.	4½	101 G
Thüringer	4½	— —
Thüringer II. Ser.	4½	— —
do. III. Ser.	4½	— —
do. IV. Ser.	4½	101½ G

Eisenbahn-Aktien.

	Zf.	Kurs
Aachen-Düsseldorf	3½	87¾ G
Aachen-Mastricht	4	31½ bz
Amsterd. Rotterd.	4	90⅝ bz u G
Berg. Märk. Lt. A.	4	110⅜ bz
do. Lt. B.	4	106 bz
Berlin-Anhalt	4	139-39½ bz
Berlin-Hamburg	4	120 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	212½ bz
Berlin-Stettin	4	129½-30½ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	135⅝ G
Brieg-Neiße	4	83 bz
Cöln-Minden	3½	182 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	58 bz
do. Stamm-Pr.	4½	92½ G
do. do.	5	95 bz
Löbau-Zittauer	4	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	139¼ bz
Magdeb. Halberst.	4	320 G
Magdeb. Leipzig	4	256½ G
Magdeb. Wittenb.	4	44¾ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	128 bz u G
Mecklenburger	4	60⅝ bz
Münster-Hammer	4	98 B
Niederschles. Märk.	4	99⅜ bz
Niederschl. Zweigb.	4	71½ bz
Nordb., Frd. Wilh.	4	65⅛-65 bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	170 bz
do. Lt. B.	3½	149¾ bz
Oest. Franz. Staat.	5	126 bz u G
Oest. sdl. StB (Lom)	5	146½-¾ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	50 bz
Pr. Wilh. (Steel-V)	4	58½ bz
Rheinische	4	96½-97½ bz
do. Stamm-Pr.	4	101¾ G
Rhein-Nahebahn	4	25 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	91 B
Stargard-Posen	3½	116 bz
Thüringer	4	126 bz

Gold, Silber und Papiergeld.

		Kurs
Friedrichsd'or	—	113¼ G
Gold-Kronen	—	9. 7 G
Louisd'or	—	109⅞ bz
Sovereigns	—	6. 22 B
Napoleonsd'or	—	5. 10⅝ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 460 G
Dollars	—	1. 11⅝ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 23 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz
Fremde Noten	—	99⅞ G
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅞ bz
Oestr. Banknoten	—	79¾ bz
Poln. Bankbillets	—	88⅝ bz
Russische do.	—	89 bz u G

Industrie-Aktien.

	Zf.	Kurs
Dess. Kont. Gas-A.	5	120 bz
Berl. Eisenb. Fab.	5	94½ bz
Hörder Hüttenv. A.	5	93¼ bz
Minerva, Brgw. A.	5	32¼ bz
Neustädt. Hüttenv.	4	5 B
Concordia	4	109½ G
Magdeb. Feuerversi.	4	505 B

Wechsel-Kurse vom 16. Septbr.

	Zf.	Kurs
Amstrd. 250 fl. 10 T.	4	143⅜ B
do. 2 M.	4	142¾ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	4	151¾ bz
do. do. 2 M.	4	150¾ bz
London 1 Lstr. 3 M.	3	6. 21½ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3½	80 1/12 bz
Wien 150 fl. 8 T.	—	79⅜ bz
do. do. 2 M.	5	78½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 24 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	2½	56. 26 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅝ G
do. do. 2 M.	4	99 5/12 bz
Petersb. 100 R. 3 W	5	98⅜ bz
do. do. 3 M.	4	97⅜ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	2½	109⅛ bz
Warschau 90 R. 8 T.	5	88⅜ bz

Die heutige Börse war im Ganzen sehr fest, nur in östreichischen Sachen etwas matter.

Breslau, 16. Septbr. Bei ziemlich belebtem Geschäft und animirter Haltung waren Eisenbahn-Aktien höher. Oestr. Effekten dagegen matter.

Schlußkurse. Diskonto-Komm.-Anth. —. Oestr. Kredit-Bank-Akt. 85⅛-84⅞-85¼ bz. Oestr. Loose 1860 —. Posener-Bank —. Schlesischer Bankverein 97¾ etw. bz. Breslau-Schweidnitz-Freib. Akt. 135¾ Br. dito Prior. Oblig. 97½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. D. —. dito Prior. Oblig. Lit. E. —. Köln-Mind. Prior. 94¼ Br. Neiße-Brieger 83⅝ Br. Oberschles. Lit. A. u. C. 170½ Br. do. Lit. B. 149¾ Br. do. Prior. Oblig. 97 5/12 Br do. Prior. Oblig. 102⅝ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 85¾ Br. Oppeln-Tarnowitzer 50 Br. Kosel-Oderberger 57½ Br. do. Prior. Oblig. 92¾ Br. do. Prior. Oblig. —. do. Stamm-Prior. Oblig. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Dienstag 16. September, Nachmittags 2 Uhr 30 Minut. Östreichische Effekten bei wenig belebtem Geschäft etwas niedriger.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe —. Preuß. Kassenscheine 104⅞. Ludwigshafen-Berbach 138⅞. Berliner Wechsel 105⅛. Hamburger Wechsel 88⅞. Londoner Wechsel 118⅞. Pariser Wechsel 94. Wiener Wechsel 92⅝. Darmstädter Bankaktien 226. Darmstädter Zettelbank 249. Meininger Kreditaktien 91¾. Luxemburger Kreditbank 105. 3% Spanier 49½. 1% Spanier 44¼. Span. Kreditbank Pereira 565. Span. Kreditbank von Rothschild 515. Kurhessische Loose 57¾. Badische Loose 55⅝. 5% Metalliques 54½. 4½% Metalliques 48¼. 1854r Loose 70⅝. Oestreichische National-Anlehen 63⅞. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 221. Oestr. Bankantheile 734. Oestreichische Kreditaktien 198. Neueste östreich. Anleihe 72¼. Oestreich. Elisabethbahn 120¾. Rhein-Nahebahn 27½. Hessische Ludwigsbahn 129.

Hamburg, Dienstag 16. September, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Matt mit Ausnahme der Norddeutschen Bank.

Schlußkurse. National-Anleihe 65. Oestr. Kreditaktien 84¼. 3% Spanier 45¼. 1% Spanier 42¼. Mexikaner 30½. Vereinsbank 101⅞. Norddeutsche Bank 99. Rheinische —. Märkisch-Bergische —. Nordbahn 64½. Diskonto 3. London lang 13 Mk. 3¾ Sh. not., 13 Mk. 4⅝ Sh. bez. London kurz 13 Mk. 4¾ Sh. not., 13 Mk. 5¼ Sh. bez. Amsterdam 35, 80, Wien 97, 25, Petersburg 30¾.

London, Dienstag 16. Septbr., Nachmittags 3 Uhr. Bedeckter Himmel.

Konsols 93½. 1% Spanier 44¼. Mexikaner 31⅞. Sardinier 82½. 5% Russen 94. Neue Russen 93¼. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 7¾ Sh. Wien 12 Fl. 95 Kr.

Der Dampfer „Hibernian" ist aus Newyork eingetroffen.

Amsterdam, Dienstag 16. September, Nachmittags 4 Uhr.

5% Oestr. Nat. Anl. 60 11/16. 5% Metalliques Lit. B. 74 7/16. 5% Metalliques 52. 2½% Metalliques 26 11/16. 1% Spanier 44 1/16. 3% Spanier 48½. 5% Russen 82¼. 5% Stieglitz de 1855 90 7/16. Mexikaner 30⅞. Londoner Wechsel kurz 11, 73¾. Hamburger Wechsel 35½. Holländische Integrale 64½.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.